Stenographisches Protokoll.

32. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode. Freitag, 29. Mai 1931.

Inhalt.

Verhandlungen: 1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abg. Weigl, Raser, Pistor, Dewaty u. Gen. (65/A), betr. die Förderung des Weinexportes (B. 125) — Berichterstatter Weigl (890), Laser (891) — Annahme des Ausschußantrages (891);

2. erste Lesung der Regierungsvorlagen, betr.:

a) Fünfte Zolltarifnovelle (B. 129);

b) Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135);

c) Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136) — Stein (892), Manhalter (896), Strießnig (899), Zarboch (900), Freundlich (903), Abram (909) — Zuweisung der Regierungsvorlagen B. 129 an den Zollausschuß, B. 135 und 136 an den Finanz- und Budgetausschuß (911).

Dringliche Anfrage: Dr. Hueber, Hainzl, Vizekanzler, betr. die Verhandlungen in Genf über die Zollunion mit dem Deutschen Reich (889) — Ablehnung der dringlichen Behandlung (890).

Tagesordnung: Antrag Sever auf Vornahme der 1. Lesung der Regierungsvorlagen B. 131, 132 und 134 (911).

Ausschüsse: Zuweisung der Anträge Nr. 147 an den Finanz- und Budgetausschuß, Nr. 148 an den Ausschuß für soziale Verwaltung und Nr. 149 an den Verfassungsausschuß (911).

Wahl Dr. Rintelen und Binder als Ersatzmänner des Justizausschusses an Stelle Roth und Sylvester, Dr. Rintelen als Ersatzmann des Strafgesetzausschusses an Stelle Roth, Binder als Mitglied des Verfassungsausschusses und des Unvereinbarkeitsausschusses an Stelle Sylvester, Thoma als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft an Stelle Weigl (911).

Eingebracht wurde:

Antrag: Popp, Proft, Hautmann, Floßmann auf ein Bundesgesetz, betr. den Erwerb und den Verlust der Landes- und Bundesbürgerschaft durch Frauen im Falle der Verehelichung (152/A).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 134, 135, 136.

Tagesordnung: Förderung des Weinexportes (B. 125).

Erste Lesung der Regierungsvorlagen:

a) Fünfte Zolltarifnovelle (B. 129),

b) Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135) und

c) Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136).

Präsident Dr. **Renner** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Min. vorm.

Eine dringliche Anfrage der Abg. Dr. Hueber, Hainzl u. Kam. an den Vizekanzler betreffs die Verhandlungen in Genf über die Zollunion mit dem Deutschen Reich lautet:

„Die österreichische und deutsche Regierung hat durch ein Protokoll vom 19. März 1931 die Richtlinien zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse festgelegt. Durch den heftigen Widerstand der ehemaligen Feindstaaten vermeinten die beiden Regierungen sich genötigt zu sehen, die Zustimmung zu erteilen, daß die Frage der Zollunion vor dem Völkerbundrate erörtert wird.

Zufolge dem verlautbarten Ergebnis der Genfer Verhandlungen wurde die Angelegenheit durch einstimmigen Ratsbeschluß an den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag überwiesen. Wie nun Pressemeldungen zu entnehmen ist, scheint Vizekanzler Dr. h. c. Schober bereits im Völkerbundrate die Zusicherung gegeben zu haben, daß diesem das Recht zustehe, unbeschadet des Ausfalles der Haager Entscheidung noch eine politische Prüfung der Frage vorzunehmen.

In der Erwägung, daß die österreichische und deutsche Regierung lediglich die Ermächtigung für eine Überweisung der Streitfrage an den Haager Gerichtshof erteilte, jedoch die behaupteten Zusicherungen des Vizekanzlers Dr. h. c. Schober eine vollkommen geänderte rechtliche und politische Lage Österreichs bei weiteren Verhandlungen vor dem Völkerbundrate bedingen würde, stellen die gefertigten Abgeordneten die dringliche Anfrage:

1. Ist der Herr Vizekanzler bereit, erschöpfend darüber Auskunft zu geben, in welcher Form und in welchem Umfange er verpflichtende Zusicherungen gab, in der Frage der Zollunion nichts zu unternehmen?

2. Ist der Herr Vizekanzler bereit, darüber Aufschluß zu geben, in welcher Weise er den verschiedenen französischen Gegenplänen begegnet ist?

Die gefertigten Abgeordneten stellen weiters an den Bundeskanzler die dringliche Anfrage:

1. Deckt die Bundesregierung vollinhaltlich das würdelose Verhalten des Vizekanzlers Dr. h. c. Schober in Genf und hält die Bundesregierung eine weitere Führung der auswärtigen Angelegenheiten durch diesen Herrn im Interesse des Ansehens Österreichs noch tragbar?

2. Ist die Bundesregierung bereit, in der deutschen Reichsregierung unverzüglich das Einvernehmen der Frage des geboten erscheinenden Austrittes der beiden Staaten aus dem Völkerbund herzustellen?"

Die Verhandlung dieser nicht gehörig gezeichneten Anfrage wird vom Hause abgelehnt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abg. Ing. Weigl, Raser, Pistor, Dewaty u. Gen. (65/A), betr. die Förderung des Weinexportes (B. 125).

Berichterstatter **Weigl:** Hohes Haus! Wie in allen Zweigen der Landwirtschaft haben wir auch im Weinbau eine arge Krise zu verzeichnen. Der Ernst dieser Krise wird jedermann sofort klar, wenn man bedenkt, daß zirka 50.000 Familien, beziehungsweise 200.000 Personen vom Weinbau direkt abhängig und infolgedessen durch diese Krise in eine arge wirtschaftliche Not geraten sind. Aber nicht nur die Weinbautreibenden selbst sind durch diese Krise arg betroffen, sondern auch zahlreiche Gewerbe- und Industriebetriebe, die mit dem Weinbau in inniger geschäftlicher Verbindung stehen. Die Weinbaukrise ist vorwiegend eine Absatz- und Preiskrise. Trotz des kolossalen Preissturzes auf dem Weinmarkt ist eine riesige Absatzstockung nach wie vor zu verzeichnen.

Die Ursachen dieser Weinbaukrise sind verschiedener Natur. In erster Linie möchte ich die gesunkene Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung hervorheben. Ferner die große Zahl der Arbeitslosen, die immer mehr zunehmende Abstinenzbewegung und nicht in letzter Linie die Verkleinerung des Inlandmarktes. Besonders der letztere Punkt ist die Hauptursache dieser katastrophalen Krise. Wir haben seit dem Umsturz große Absatzgebiete für den Wein verloren. Ich erinnere nur an die Tschechoslowakei und an Galizien. Wir haben im Vorjahre zirka 1,500.000 Hektoliter Wein produziert. Nach den bisherigen Feststellungen kann heute schon gesagt werden, daß nicht einmal die Hälfte dieser Produktion auf dem Inlandmarkt abgesetzt werden kann. Dazu kommen noch die Vorräte der früheren Jahre, so daß große Weinvorräte zur Verfügung stehen, die keinen Käufer finden.

Was sind nun die Folgen dieses Stillstandes? In erster Linie möchte ich darauf hinweisen, daß die meisten Weinbautreibenden infolge Mangels an Geld nicht in der Lage sind, den Betrieb intensiv weiterführen zu können. Es wird eine extensive Betriebsweise Platz greifen, die natürlich wieder sehr bedenkliche Folgen zeitigen wird, vor allem anderen geringere Erträge, dadurch auch geringere Steuereingänge, Vermehrung der Arbeitslosen. Daraus ist zu entnehmen, daß nicht nur der Hauer selbst daran leidet, sondern auch unsere Volkswirtschaft und auch die Staatsfinanzen. Infolgedessen muß getrachtet werden, daß ehestens Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um diese Krise raschestens zu beheben.

Ich möchte ferner konstatieren, daß seit dem Umsturz die Weinbaufläche Österreichs um zirka 12.000 Joch zurückgegangen ist. Aus diesen 12.000 Joch Weingärten sind Äcker entstanden, es wird auf diesen Grundstücken hauptsächlich Feldbau betrieben. Das bedeutet für unseren Bund einen Steuerentgang von zirka 4½ Millionen Schilling, und ferner bedeutet dieser Rückgang des Weinbaues die Vermehrung der Arbeitslosen um zirka 40.000 Personen. Wir sehen also, daß es auch siedlungspolitische, volks- und staatswirtschaftliche Momente sind, die uns bestimmen müßten, ehestens einzugreifen und entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Eine der wirksamsten Maßnahmen, die Weinbaukrise zu beheben oder mindestens zu mildern, erblicken wir in einer großzügigen Exportförderung. Die Exportförderung ist aber nur dann möglich, wenn vorher eine großzügige Propaganda gemacht wird in jenen Staaten, die wir eben für den Export heranziehen wollen, und da kommt in erster Linie Deutschland in Frage. Deutschland produziert nur ein Drittel von dem, was es in Wirklichkeit braucht. Beiläufig zwei Drittel müssen also eingeführt werden. Wir müssen uns diesbezüglich, meine sehr verehrten Herren, als Beispiel vor Augen halten, wie es Italien und Bulgarien in den letzten Monaten gemacht haben. Italien zum Beispiel hat in München eine großzügige Weinschau veranstaltet, Bulgarien in Warschau, und diese großzügigen Weinbauförderungsmaßnahmen haben schöne Erfolge gezeitigt. Laut Berichten der Fachzeitungen wurden viele tausende Hektoliter abgeschlossen. Wir haben auch deshalb Ursache, dasselbe zu tun, besonders was Deutschland anbelangt, denn wenn die Zollunion zustande kommt, was ja hoffentlich bald der Fall sein wird, so müssen wir schon vorarbeiten, wir müssen das dortige Publikum an den Geschmack unserer Weine gewöhnen, und ich glaube schon, daß die österreichischen Weine die Konkurrenz mit Erfolg aufnehmen werden, da wir erstklassige Qualitäten erzeugen. Den Export können wir auch dadurch fördern, daß wir Frachtermäßigungen gewähren, wie das die Ausländer schon längere Zeit praktizieren, daß für jeden Wein, der ins Ausland geschickt wird, eine Frachtermäßigung stattzufinden hat. Dadurch wird der Betreffende interessiert, die Auslandverbindungen herzustellen, und es wird eine große Menge österreichischen Weines ausgeführt, selbstverständlich unter strengster Kontrolle, daß dieser Wein wirklich österreichischer Provenienz ist.

Die Exportförderung ist nicht nur im Interesse unseres Weinbaues gelegen, sondern ebenso im Interesse unserer Staatsfinanzen. Denn wenn wir bedenken, daß wir durch die Exportförderung höhere Preise erzielen können, so ist die weitere Folge, daß mehr Warenumsatzsteuer abgeführt werden muß, ferner daß die Einkommensteuer sich dadurch erhöht, und schließlich möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Weinbautreibenden dann, wenn der Absatz besser vor

sich geht und höhere Preise erzielt werden, in die Lage versetzt werden, wieder Investitionen machen zu können; vor allem können sie dann Neuanlagen schaffen und die Weinbaufläche, die sehr zurückgegangen ist, wieder auf das ursprüngliche Maß bringen. Dadurch werden auch die Gewerbetreibenden unterstützt, die, wie ich bereits eingangs erwähnt habe, mit dem Weinbau in innigster Wechselbeziehung stehen.

Ich glaube daher, mit ruhigem Gewissen sagen zu können, daß jeder Schilling, der für die Weinexportförderung verwendet wird, mit Zinseszinsen in die Staatskassen zurückfließt.

In Anbetracht dieser großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Weinexportförderung erlaube ich mir, an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft den dringenden Appell zu richten, ehestens eine großzügige Weinexportförderung einzuleiten, um eine schwere Erschütterung des österreichischen Weinbaues zu verhindern.

Namens des Ausschusses stelle ich daher den Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Mittel für entsprechende Auslandpropaganda für Weinabsatz Sorge zu tragen."

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen

Laser: Hohes Haus! Die Resolution, die der Her Berichterstatter zur Annahme empfohlen hat, enthält nur etwas Selbstverständliches. Ich habe schon in der Debatte im Ausschuß darauf hingewiesen, daß es eigentlich gar nicht notwendig sein sollte, die Bundesregierung aufzufordern, alles, was in ihren Kräften liegt, vorzukehren, um dem notleidenden Weinbau durch die Förderung des Exportes zu Hilfe zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß wir der vorliegenden Resolution zustimmen werden; mit der Resolution allein ist es allerdings nicht getan.

Was dem Export des österreichischen Weines im Wege steht, ist vor allem die organisatorische Rückständigkeit im Weinbau. Es müßte so wie in Deutschland das Genossenschaftswesen systematisch gefördert werden. Ich bin mir klar darüber, daß man auch durch Gesetzesbestimmungen nicht imstande ist, leistungsfähige Genossenschaften ins Leben zu rufen. Dazu gehört eine systematische, vielleicht durch Jahrzehnte andauernde Erziehungsarbeit. Der genossenschaftliche Geist in der ländlichen Bevölkerung läßt leider in Österreich noch sehr viel zu wünschen übrig, und wenn auch da und dort Ansätze zu genossenschaftlichen Organisationen vorhanden sind, so sind sie noch viel zu unbedeutend, als daß sie für die Weinproduktion, aber auch für die Organisierung des Weinhandels in größerem Stil und für den Weinexport eine Rolle spielen könnten. Der Individualismus feiert hier noch seine Triumphe, und es wird noch lange Zeit dauern, bis die weinbautreibende Bevölkerung durch Selbstschulung und durch Pflege der Weinbauschulen so weit erzogen sein wird, daß sie zu einer genossenschaftlichen Organisation größeren Stils übergehen kann. In den Weinbaugebieten Deutschlands ist nicht nur die Weinproduktion, sondern auch der Weinhandel genossenschaftlich geregelt, und zwar in einem Umfang, daß dort der genossenschaftliche Weinhandel den privaten überwiegt, ja daß sogar der private Weinhandel beim genossenschaftlichen Großweinhandel Kundschaft ist.

Weiters wird erforderlich sein, daß die Aktion zur Verbesserung des Lesegutes, die im Vorjahre eingesetzt hat, keinerlei Unterbrechung erfährt und daß man für diesen Zweck mehr Mittel als bisher flüssigmacht. Im abgelaufenen Jahre wurden 1,500.000 S für diesen Zweck bereitgestellt, wodurch 375 Hektar Weingärten der Erneuerung zugeführt wurden. Es ist sehr zu beklagen, daß für das laufende Jahr dieser Betrag eine allerdings nicht sehr bedeutende Verringerung erfahren hat, und es steht sehr zu befürchten, daß die Reduzierung dieser Beträge in den kommenden Jahren weiter fortschreitet. Es wäre das sehr bedauerlich, denn gerade von der möglichst raschen Durchführung der Erneuerungsarbeiten wird es abhängen, ob der inländische Weinbau auch in bezug auf die Qualität seines Lesegutes in der Lage sein wird, seinen Export ins Ausland zu steigern.

Diese Erneuerung der Weingärten und die Umorganisierung des ganzen Weinbaues auf genossenschaftlicher Basis werden schon im Hinblick auf die zu erwartende Zollunion von der allergrößten Bedeutung sein. Der Weinbau erwartet sich von der Zollunion eine Befreiung und Erleichterung seiner Wirtschaftslage, eine Erweiterung seines inneren Absatzgebietes. Aber man muß sich darüber klar sein, daß er auf diesem nun gemeinsamen erweiterten Absatzgebiete in Konkurrenzkampf mit dem höher organisierten und leistungsfähigeren Weinbau des Auslandes wird treten müssen.

Daß die Notlage der weinbautreibenden Bevölkerung eine starke Linderung erheischt, darüber hier viel Worte zu verlieren ist überflüssig. Es ist aber auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß die neuen Zollvorlagen die weinbautreibende Bevölkerung mit großer Besorgnis erfüllen müssen. Wenn nämlich zur Notlage allgemeiner Natur noch eine Verteuerung der Lebensmittelkosten, eine Verteuerung der Mehl-, Getreide- und Futtermittelpreise hinzukommt, dann könnte die Lage der weinbautreibenden Bevölkerung so katastrophal werden, daß sie unter der Last zusammenbrechen muß.

Wir stimmen für die Resolution, erwarten aber von der Regierung, daß sie positiver und aktiver als bisher alles daransetzt, um der weinbautreibenden Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. *(Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlagen, betr.:

a) Bundesgesetz, betr. die Änderung des Zolltarifgesetzes vom 5. September 1924, BGBl. Nr. 445, in der Fassung der Zolltarifnovellen vom 18. März 1926, BGBl. Nr. 68, vom 28. Juli 1926, BGBl. Nr. 219, vom 27. Oktober 1927, BGBl. Nr. 311, und vom 16. Juli 1930, BGBl. Nr. 225, sowie des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1929, BGBl. Nr. 408, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juli 1930, BGBl. Nr. 221 (Fünfte Zolltarifnovelle) (B. 129);

b) Bundesgesetz, betr. die Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135);

c) Bundesgesetz, betr. eine Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136);

Stein: Hohes Haus! Seit dem Jahre 1926, da wir den Zolltarif vom Jahre 1924 zum erstenmal novelliert haben, ist es heute die fünfte Novelle, die dieses Haus beschäftigt. Diese Tatsache soll nicht als irgend etwas Auffallendes vom rein legistischen Standpunkte aus festgestellt werden, sondern als Beweis dafür, daß wir in einer Zeit leben, die ganz ungeheuer viel neue wirtschaftliche Tatsachen schafft, die neue Entwicklungstendenzen unseres ganzen Wirtschaftslebens und der Handelsbeziehungen veranschaulicht; daß wir in einer Zeit leben, in der auch neue Auffassungen über die Zollpolitik lebendig werden. Das bezeigt aber weiter, daß wir es wirklich mit einer ernsten und bedeutsamen Materie zu tun haben.

Ob man des Problems, um das es sich da handelt, Herr wird, wenn man so, wie es diese Novelle tut, nur an der Oberfläche haften bleibt und sich nur mit Änderungen einiger Tarifposten begnügt, möchte ich doch sehr bezweifeln, denn diese Vorlage bekommt ihre besondere Charakteristik durch den Zeitpunkt, in dem sie eingebracht wird. Sie kommt in einem Augenblick, da wir — und ich möchte sagen — mit allem Recht der Welt vorjammern, daß unserem Wirtschaftsleben ganz außerordentliche Schwierigkeiten aus der Zollpolitik der Nachbar- und anderen Staaten erwachsen. Die ganze Vorlage kommt in einem Augenblick, da in der ganzen Welt ganz neue Auffassungen über die Funktion des Zolles lebendig wurden, in einer Zeit, da bei der Weltwirtschaftskonferenz Bestrebungen hervortreten, einen Zollabbau herbeizuführen, da man erschrocken ist über die Gefahr, welche die neu errichteten Zollgrenzen über Europa heraufbeschworen haben, in einer Zeit, da man von regionalen und Präferenzzöllen spricht, in einer Zeit, da zu unserer Freude und Genugtuung der große und kühne Schritt zur Schaffung oder Ermöglichung einer Zollunion getan wurde, um dadurch neue Auffassungen in die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu bringen — in einer solchen Zeit kommt diese neue Zolltarifnovelle, die ganz unberührt ist von all diesen neuen Auffassungen, von all diesen neuen Gedanken. Wir verstehen vollauf, daß das so ist, da doch der ganze Staatsvoranschlag schon auf dem Gedanken aufgebaut ist, daß durch diesen Zolltarif neue Einnahmen für den Staat geschaffen werden sollen; das heißt, daß man wiederum nur den Gedanken der Finanzzölle in den Vordergrund gerückt hat. Aber ein Blick in die Tarifnovelle, wie sie uns hier vorliegt, lehrt, daß hier von irgendeiner einheitlichen Linie, von irgendeiner einheitlichen Auffassung gar nicht gesprochen werden kann. Vielleicht sticht das gerade am meisten hervor, daß es sich nur um Finanzzölle handelt. Es ist nicht Sache der ersten Lesung, Detailfragen hervorzuheben; aber ich möchte doch nicht ohne jede Bemerkung darüber hinweggehen, auf welche Art dieser Finanzzollcharakter herausgearbeitet wird.

Ich möchte da auf die Post 503 hinweisen. Kupfervitriol ist ein Erzeugnis, das der Staat selbst herstellt, und für das er selbst nun einen Zollschutz durch neue Zölle herbeiführen will. Ich verstehe das vollauf nach den Erfahrungen, die ich persönlich zu machen Gelegenheit hatte, wobei hervorkam, daß die österreichischen Bauern, wenigstens ein Teil der österreichischen Bauern, wahrscheinlich von dem Gedanken: Kauft österreichische Waren! geleitet, Kupfervitriol aus Deutschland zu beziehen sich entschlossen haben, weil sie es von dort um 1 oder 2 g billiger bekommen haben. Die Zolltarifnovelle wünscht also hier ein monopolartig hergestelltes Produkt zu schützen.

Ich möchte die Post 51 nur mit einer kleinen Bemerkung streifen. Es handelt sich um die Einführung eines Zolles von 20 Goldkronen für Heilpflanzen, für Rhabarber, für Arnika, für Königskerze, Pfefferminze, Eibisch, Bärentraube, isländische Flechte usw. Hier soll ein Zoll von 20 Goldkronen eingeführt werden, der im Zusammenhang mit einer anderen Post, und zwar 514, das ist der Zoll für Verbandstoffe, für Watte usw., wahrscheinlich darauf ausgeht, unseren Krankenkassen und Sozialversicherungsinstituten Ersparnisse zu ermöglichen, alles vermutlich von dem Gedanken ausgehend, dieselben Absichten zu verfolgen, die in der Sozialversicherungsreform enthalten sind.

Ich möchte aber vor allem auf die ganz merkwürdige Tatsache hinweisen, daß in einem Augenblick, da wir alle zusammen mit Recht die ungeheure Not beklagen, in der sich unsere arbeitende Bevölkerung und mit ihr weiteste Kreise unseres Volkes befinden, durch Erhöhungen der Lebensmittelzölle die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen noch weiter herabgedrückt wird. Wohl kommt es in anderen Ländern — und ganz besonders in unserer unmittelbaren Nachbarschaft — auch vor, daß man einen Lohnabbau von Regierungsstellen aus propagiert hat. Aber man hat draußen wenigstens auch gleich von Preissenkungen gesprochen. Bei uns ist man etwas ungenierter; da spricht man von Lohnabbau, von Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten und der anderen arbeitenden Menschen, geht aber im gleichen Augenblick hin und

32. Sitzung NR IV. GP. - Stenographisches Protokoll (gescanntes Original) 5 von 23

erschwert die Lebenshaltung dieser breiten Kreise, verteuert ihnen das Leben. Ich habe den Eindruck, daß eine solche Maßnahme in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und Massennot ein gefährlicher Angriff auf die Volksgesundheit und auf die Arbeitsfähigkeit der breiten Massen ist und meines Erachtens besser unterbleiben müßte. Aber ich sagte, es hat wenig Sinn, sich mit diesen Einzelheiten zu beschäftigen.

Die Funktion des Zolles selbst hat in den letzten Jahren eine gründliche Änderung erfahren. Während man bis jetzt gewohnt war, darin nur eine rein handelspolitische Maßnahme zu erblicken, tritt durch die Verquickung der Verhältnisse immer mehr der sozialpolitische Charakter des Zolles hervor, denn von ihm hängt im hohen Grade die Beschäftigungsmöglichkeit, die Arbeitsgelegenheit im eigenen Lande und die Exportmöglichkeit ab. Es ist ein Irrtum, in dieser fünften Zolltarifnovelle ein geeignetes Instrument zur Durchsetzung dieser natürlich begreiflichen und notwendigen Bestrebungen unseres Landes zu erblicken. Diese Methode muß versagen. Und ich werde mir erlauben, gleich an einigen Tatsachen aufzuzeigen, in welchem sehr bösartigen Ausmaß diese Vorschläge der fünften Zolltarifnovelle sich auswirken müssen.

Es ist, sagte ich, eine allgemeine Auffassung, daß die europäische Zollpolitik sich immer mehr zu einer Gefahr für das Wirtschaftsleben, ja mehr noch für das politische Leben auswächst. Es ist nicht unbekannt, daß man die jetzige Zollpolitik mit einem sehr zutreffenden Wort die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" genannt hat. Wir sind in den Friedenszustand eingetreten durch Aufrichtung von Zollmauern, nicht bloß bei uns, sondern auch anderswo, und die Wirkungen sieht man jetzt. Es ist doch nicht von selbst gekommen, daß alle großen Staaten bemüht sind, gerade in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen. Es ist wirklich die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Es ist die Fortsetzung des Krieges vor allem gegen das Inland, denn da ist die Erschwernis des Exportes eine Gefährdung des inneren Friedens, es ist die Fortsetzung des Krieges in der Richtung gegen Arbeiter und Angestellte, von denen ein großer Teil die Opfer des geradezu beklemmenden Rückganges unserer Ausfuhr geworden sind, und es müßte alles darangesetzt werden, um die Ausfuhr zu heben.

Diese Zolltarifnovelle scheint mir aber gerade das Gegenteil zu bezwecken. Jedenfalls wird sie sich als nicht geeignet erweisen, um hier Verbesserungen herbeizuführen. Das Wesentliche aber, was in dieser Zolltarifnovelle auszusetzen ist, ist die schwere Bedrohung unseres Industrielebens. Die Industrie, und zu ihr rechnet sich auch die Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, hat schwer, ganz außerordentlich schwer zu leiden, und Tag für Tag kommen wir in die Lage, uns mit diesen schwerwiegenden Dingen eingehend zu beschäftigen, Auswege da und dort zu suchen, und haben infolgedessen nicht bloß für die furchtbare Not der arbeitslos werdenden Menschen volles Verständnis, sondern begreifen auch, daß für die Industrie andere Möglichkeiten geschaffen und gesucht werden müssen.

Was geschieht nun aber? Lassen Sie mich vorerst ein Kapitel herausheben. Da sind die Posten der Novelle, welche sich mit den Baustoffen beschäftigen. Wir alle zusammen sind der Auffassung, daß die Bautätigkeit, vor allem die Wohnbautätigkeit, eines der wichtigsten Elemente der Belebung unseres Wirtschaftslebens darstellt. Der Nationalrat, der Bund sind bemüht, durch Einführung der Wohnbauförderung diese Bautätigkeit zu heben. Man unternimmt alles mögliche, um hier Abhilfe zu schaffen, und dann kommt man mit Zollsätzen, welche die Wohnbautätigkeit nicht nur erschweren, sondern geradezu unmöglich machen. Wir haben aus der vierten Novelle gelernt, welche Auswirkungen solche Erhöhungen haben. In der vierten Novelle hat man zum Beispiel den Zoll für Glas, sagen wir höflich, geregelt. Die Wirkung ist, daß das Tafelglas ganz außerordentlich verteuert wurde, damit auf der anderen Seite die hervorragendste Glasfabrik, die mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Schilling arbeitet, Abschreibungen von 800.000 S vornehmen kann, eine 10prozentige Dividende zahlt und außerdem noch Reserven anlegt. Aber die Wohnbautätigkeit ist durch die Verteuerung des Tafelglases natürlich in hohem Grade beeinträchtigt worden. Dieser eine Fall zeigt uns, welche Wirkung die Erhöhung der Zollsätze auf die Industrie und auf das Gewerbe hat.

Aber die Dinge spitzen sich noch ganz anders zu, wenn wir ein anderes Kapitel herausheben — das sind die Posten von 365 an, das ist der Zoll auf Eisen. Da muß man über die Funktion des Zolles seine besonderen Betrachtungen anstellen. Wir verstehen — das haben wir alle in der Taferlklasse der Volkswirtschaft und der öffentlichen Betätigung gelernt —, daß es Zölle gibt, die erzieherisch wirken sollen, daß es Zölle gibt, die produktiv wirken sollen, daß es Zölle gibt, die einen Schutz aussprechen sollen, damit sich die heimische Industrie besser entfalten kann; wir verstehen, daß es Zölle gibt, die rein fiskalischen Charakter haben, also reine Finanzzölle sind. Aber was anfängt, für die breiten Massen ganz unverständlich zu sein, ist ein Zoll, wie er für die Alpine Montangesellschaft in der Zolltarifnovelle vorgesehen wird. Da kann man weder von einer Schutznotwendigkeit noch von irgendwelcher Notwendigkeit einer Prohibition der Einfuhr sprechen, noch kann man hier von einer Anregung zur Erhöhung der inländischen Produktion sprechen. Die österreichische Alpine Montangesellschaft besitzt ganz offenkundig einen Monopolcharakter sowohl für die Erzeugung als für den Vertrieb des Eisens bei uns zulande. Sie ist eingebaut in eines der genauesten, der sorgfältigsten internationalen Gebilde, die es überhaupt gibt, in die Internationale Rohstahlgemeinschaft. Die Kraft, der Einfluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft geht

so weit, daß, wenn man Offerten von Firmen einholt, die nicht angeschlossen sind — es gibt in Belgien beispielsweise zwei oder drei kleinere Eisenfirmen dieser Art —, oder wenn man sich an amerikanische Firmen wendet, diese solche Lieferungen, mehr noch: Offerten für Österreich vorweg ablehnen, weil sie sich gebunden fühlen durch die Internationale Rohstahlgemeinschaft, deren Mitglieder sie gar nicht sind.

Die Alpine Montangesellschaft hat also in diesem Lande einen ausgesprochenen Monopolcharakter. Es kann niemand Eisen hereinführen, es produziert auch niemand anderer bei uns Eisen, und wir können feststellen, daß, während die Tonne Eisen in Deutschland, in unsere Währung umgerechnet, 120 S kostet, dieses selbe Quantum Eisen bei uns in Österreich um 70 S teurer ist, also 190 S kostet, dank der besonderen Stellung, die die Alpine Montangesellschaft hat. Die Wirkung ist, daß der Verbrauch an Eisen, auf den Kopf umgerechnet, in Österreich in den letzten Jahren ganz rapid zurückgegangen ist. Ich weiß, es sind auch die äußeren Umstände, die da mitgespielt haben, aber in erster Linie darf man doch die Verteuerung des Eisens bei der Betrachtung dieser Dinge nicht außer acht lassen.

Nun sind die Dinge so, daß die Alpine Montangesellschaft auch eine Reihe von anderen Erleichterungen vom Staate bekommt, tarifarischer und sonstiger Art. Und trotzdem soll nunmehr der Zoll auf Stahlroheisen von 1 Goldkrone auf 1 Goldkrone 50 Goldheller erhöht werden. Ich weiß nicht, ob man uns als Trost oder als Aufklärung in den allgemeinen erläuternden Bemerkungen mitteilt, daß dieser vorliegende Gesetzentwurf auf dem Ergebnis der Überprüfung des Zolltarifs durch die Handelskammern und andere Spitzenorganisationen beruht. Soll das eine Beruhigung sein, dann muß ich schon sagen, sie ist sehr mangelhaft, denn von diesem Zoll auf Eisen hängen doch die Interessen der verarbeitenden, der veredelnden Industrie im höchsten Ausmaße ab, und diese verarbeitende Industrie wird stark in Mitleidenschaft gezogen.

Aber verzeihen Sie, hohes Haus, wenn ich dieses Entgegenkommen an die Alpine Montangesellschaft unter einem etwas anderen Gesichtswinkel betrachte. Die Alpine Montangesellschaft ist nicht bloß volkswirtschaftlich ein Monopolbetrieb in unserem Lande, sie ist auch an Anmaßung gegenüber der Öffentlichkeit, der Gesetzgebung und der Verwaltung — ein Institut, das sich eine ganz besondere Stellung herausnimmt und uns höhnt, die Verwaltung, die Gesetzgebung höhnt, das Recht bewußt bricht und tritt, sie ist ein Institut, das sich ganz außerhalb der Gesellschaft der anständigen Unternehmungen und der anständigen Menschen gestellt hat, ein Unternehmen, das von seinen eigenen Verwaltern auf Kosten und zum Schaden der ganzen österreichischen Öffentlichkeit geplündert wird.

Ich werde versuchen, Ihnen nur einige Illustrationen vorzuführen, damit wir uns ein etwas klareres Bild darüber machen, ob der Nationalrat wirklich gewillt sein kann, einer solchen Zollpolitik zuzustimmen. Welche Funktion soll denn der Zoll in diesem Falle haben? Er soll die Produktion schützen, er soll den Export erhöhen — Dinge, die bei der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ein Ding der Unmöglichkeit sind. Der Import war in den letzten Jahren ganz außerordentlich gering. Wir haben im ganzen 532 Tonnen Stahlroheisen im Jahre 1930 eingeführt, während die Erzeugung im Jahre vorher 409.000 Tonnen betragen hat. Es ist also ganz von untergeordneter Bedeutung, was nach Österreich an Roheisen importiert werden kann, besonders wenn die Rohstahlgemeinschaft ihre Hand darauf legt und die Ausfuhr erschwert. Was soll mit dieser Zollpolitik der Alpinen Montangesellschaft gegenüber bezweckt werden? Glaubt wirklich jemand, daß wir auch nur einen Bruchteil dessen gutmachen können, was die Alpine an Ausfall erlebt dank der falschen, unsinnigen Politik, die sie selbst betreibt? *(Zustimmung.)* Betrachten Sie in erster Linie zum Beispiel den Vertrag, den die Alpine Montangesellschaft über die Lieferung des Koks, den sie für die Verhüttung braucht, abgeschlossen hat. Da schwebt über dem Vertrag die große Person des Herrn Dr. Vögler von den Vereinigten Stahlwerken von Deutschland. Diese haben die Alpine Montangesellschaft gezwungen, nicht mehr Koks im Inlande zu beziehen. Die Alpine Montangesellschaft hat Jahre hindurch Koks österreichischer Provenienz bezogen. Man hat sie gezwungen, den Koksvertrag mit den Vereinigten Stahlwerken abzuschließen, und nun wird Koks für die Alpine importiert aus dem Ostrau-Karwiner Revier, aus der Tschechoslowakei *(Hört! Hört!)* über Auftrag des Herrn Dr. Vögler der Vereinigten Stahlwerke, und nun geschieht es, daß die Ostrauer Kokslieferanten, je nach dem Quantum Koks, das nach Donawitz geliefert wird, an die Stahlwerke einen Betrag von 3 bis 5 Millionen Schilling im Jahre abliefern *(Hört! Hört!)*, so daß also die Leute die Alpine gezwungen haben, einen ganz elenden Vertrag über die Kokslieferung abzuschließen, wodurch das Eisen verteuert wird und wir nun diesen Betrag durch unsere Zollpolitik hereinbringen sollen. Ich bezweifle, daß es auch nur andeutungsweise möglich wäre.

Nun ein anderes Bild aus der Tätigkeit der Alpinen Montangesellschaft. Da besteht eine Handelsgesellschaft „Esdag". Sie hat ganz zufälligerweise zum Direktor einen Herrn Kröhn, den Schwiegersohn des Herr Generaldirektors Apold. Diese „Esdag" hat den ausschließlichen Einkauf von Altmaterial für die Alpine Montangesellschaft zu besorgen, sie hat aber auch den ausschließlichen Vertrieb des Roheisens und des Stahls, das die Alpine ausführt. Es hat Zeiten gegeben, da ein solches Institut bei der Alpinen Montangesellschaft nicht bestand, und man hat das Eisen doch verkauft. Aber wenn jemand zufälligerweise Schwiegersohn des Herrn Generaldirektors wird, dann muß man doch

für ihn eine Beschäftigung in der Zeit der Arbeitslosigkeit suchen, und so schafft man für ihn eine Handelsgesellschaft, damit ja nur ein Zwischenglied bestehe, welches das Eisen den österreichischen Konsumenten in ganz unerhörter Weise zu verteuern vermag. Sollen wir dafür aufkommen? Ist das die Funktion des Zolls, eine solche Hypertrophie des Verwaltungsapparates zu ermöglichen? Das grenzt doch ans Unsinnige!

Aber lassen Sie uns etwas Weiteres betrachten. Die Alpine Montangesellschaft hat schon durch die Tagespresse mitteilen lassen, daß sie für das Jahr 1930 keine Dividende zu zahlen vermag. Im Vorjahre betrug die Dividende 80 g. Das bedeutet, daß das Aktienkapital von 60 Millionen wahrlich nicht allzuhoch verzinst wird, daß also die Aktionäre wirklich notleidend werden. Und jetzt gar ein Defizit. Eine andere Gesellschaft würde sich damit beschäftigen, wie sie dieses Defizit durch Ersparungen verschiedener Art zu decken vermag, vor allem an der Verwaltung. Ersparnisse an der Verwaltung bei der Alpinen Montangesellschaft — welch unsinnige Forderung, welch kühner Wunsch! Da sind die Dinge doch ganz anders. Die Herren Direktoren mögen mich berichtigen, wenn sie dazu imstande sind. Ich habe aus zuverlässiger Quelle feststellen können, daß der Herr Generaldirektor Apold — im übrigen hat die „Grazer Tagespost" vor einiger Zeit schon solche Andeutungen gemacht — ein Jahreseinkommen — ohne die Verwaltungsratsstellen und die sonstigen Tantiemen — von 320.000 S hat. *(Hört! Hört! links.)* Wie viele Staatsangestellte müssen das ganze Jahr hindurch sich rackern und sorgen, um diese Summe aufzubringen! Aber der Herr Generaldirektor Apold bezieht 120.000 S Jahresgehalt. Er bezieht 80.000 S jährlich an Erzeugungsprämie und hat für zwei Patente, die er seiner eigenen Gesellschaft, die er leitet und verwaltet, der er seine ganze Intelligenz, die unleugbar groß ist, seinen ganzen Witz, den er vor allem austoben läßt, wenn er Bezeichnungen für die österreichische Republik sucht, um sie zum Beispiel einen Dreckstaat zu nennen, der Herr Apold, sage ich, hat auf zwei Patente, die nicht immer einwandfreien Nutzen gebracht haben, ein Einkommen von 120.000 S bezogen. *(Hört!-Hört!-Rufe links.)* Verehrter Nationalrat, die Alpine Montangesellschaft hat dann noch zwei andere Direktoren. *(Sever: Das ist mehr als ein Doppelverdiener!)* Ich werde gleich darauf zu sprechen kommen — das ist wirklich mehr als ein Doppelverdiener. *(Zwischenruf Lichtenegger.)* Ach, der Lichtenegger meldet sich, die Alpine zu verteidigen! Da habe ich den Eindruck, daß ich zu wenig an Anklagen gegen die Alpine vorgebracht habe, denn wenn der Hausknecht der Alpinen sich meldet, dann muß schon etwas daran sein.

Aber neben Herrn Direktor Apold sind in der Alpinen Montangesellschaft noch zwei andere Direktoren — die sind auch nicht übertrieben bescheiden. Herr Dr. Zahlbrunner und Dr. Herz sind auch nicht arme Leute. Ihre Bezüge betragen 200.000 und 180.000 S im Jahr. Drei Männer, drei Industriekapitäne, die in der Leitung des größten österreichischen Betriebes sitzen, beziehen also im Jahr ein fixes Einkommen von 700.000 S. *(Hört!-Hört!-Rufe links.)* Die Aktionäre bekommen keine Dividende, vom Nationalrat verlangt man einen erhöhten Zoll und den Arbeitern und Angestellten raubt man von ihrem kargen Lohneinkommen noch 10 bis 15 Prozent *(lebhafter Beifall links)* und nennt diese Republik einen „Saustaat".

Ich muß schon gestehen, hohes Haus, daß wir bei der Prüfung des Zolltarifs unter diesem Gesichtswinkel einen etwas andern Eindruck bekommen als den, daß es sich hier um einen ernsten volkswirtschaftlichen Versuch handle, um mit Hilfe dieses Zolltarifs eine Verbesserung des österreichischen Wirtschaftslebens herbeizuführen. Das ist eine Arbeit, die eine Art Belohnung dafür ist, daß die Alpine Montangesellschaft uns den rechten Flügel des Hauses hereingeschickt hat. Wir haben diesen Eindruck nicht bloß deshalb, sondern weil bei näherer Prüfung des Zolltarifs hervorgeht, daß eine Reihe anderer Firmen, die sich in den letzten Jahren politisch so betätigt haben, gleichfalls bei einzelnen Ansätzen bevorzugt werden. Wir werden natürlich Gelegenheit haben, uns im Zollausschuß mit diesen Dingen etwas weiter zu beschäftigen. Man will also durch diesen Zolltarif eine Verteuerung des Eisens, das heißt eine noch weitere Verminderung des Konsums schaffen. Man will dadurch Beeinträchtigungen des Unternehmens in Österreich überhaupt einführen, vor allem, sagte ich, der Wohnbautätigkeit.

Und da möchte ich noch einmal in einem anderen Zusammenhang auf die Tatsachen zu sprechen kommen, die ich beim Glas aufgezeigt habe. Das sind Zollpositionen, welche — ich unterstreiche es — die Wohnbautätigkeit nicht fördern, sondern geradezu gefährden. Wenn man zum Beispiel bei Friesen, vor allem bei Bretteln, bei Fournieren und Sperrholz eine Erhöhung um 25 Prozent herbeiführt, so bedeutet das natürlich, daß das Holz im Lande verteuert wird. Nach den Berechnungen, die von fachkundiger Seite angestellt wurden, bedeutet die Erhöhung des Zolls nur für die Fußböden in den Wohnbauten der Gemeinde Wien bei 6000 Wohnungen eine Belastung um mehr als 500.000 S, die man da opfern muß, nur damit man den erhöhten Zoll leisten kann. Um wieviel Wohnungen infolgedessen weniger gebaut werden, können sich die Herren ja leicht ausrechnen. Schwierigkeiten bestehen jedoch auch darin, daß dieselbe Verteuerung bei den Türen, bei allen übrigen Einrichtungen, bei Tonröhren usw., die man bei der Bauführung braucht, eintreten.

Prüfen wir also, ob diese fünfte Zolltarifnovelle wirklich ein Instrument der Belebung der Wirtschaft sein kann, so finden wir, was ich einleitend gesagt habe: Das ist kein geeignetes Instrument! Diese Verteuerung der Lebenshaltung durch die Lebensmittelzölle, dieses Erschweren der Bautätigkeit, diese Bevorzugung der

Österreichischen Alpinen Montangesellschaft, damit zusammenhängend die Verteuerung des Eisens und eine ganze Reihe von anderen Positionen, die jede Weiterverarbeitung, jede Veredlungsindustrie schon vorweg gefährden, führen uns zu der Überzeugung, daß wir es hier mit einem sehr untauglichen Instrument zu tun haben. Da tritt der rein fiskalische Charakter der ganzen Zollpolitik in Erscheinung. Ich fürchte sehr, daß nicht bloß die Arbeiter und Angestellten, daß binnen kurzem auch die Industrie sich bei den Handelskammern und bei den Spitzenorganisationen für die vorgeschlagene Revision sehr höflich werden bedanken müssen. Wir Sozialdemokraten aber lehnen diese Vorlage natürlich ab, aus den Gründen, die ich hier dargelegt habe. Wir behalten uns aber vor, im Zollausschuß selbst eine eingehende, sachgemäße und strenge Prüfung der einzelnen Positionen vorzunehmen, weil wir es für unsere Aufgabe erachten, auch in diesem Augenblick und in dieser Situation die Interessen der arbeitenden Menschen und die Interessen der gesamten Wirtschaft zu schützen. Deshalb lehnen wir diese Vorlage ab. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Mauhalter: Hohes Haus! Die Einbringung der Zollvorlage in diesem Hause ruft selbstverständlich die Vertreter der Bauernschaft auf die Tribüne, um die Notwendigkeit einer solchen Vorlage in diesem Hause zu begründen. Nach den schweren Tagen, die wir jetzt mitgemacht haben, wo die Vertreter der österreichischen Bevölkerung im Parlament Entscheidungen treffen mußten, die für die gesamte Bevölkerung dieses Staates große Bindungen beinhalten, Entscheidungen, bei denen es — ich glaube, ich mache mich keiner Übertreibung schuldig — um den Bestand des Staates ging, nach diesen schweren Sitzungen und Entschlüssen tritt an die Vertreter der Landwirtschaft im Rahmen dieser Zollvorlage eine Entscheidung heran, die ebenso wichtig für die Bauern wie für die ganze Wirtschaft dieses Staates ist. Auch bei dieser Zollvorlage geht es um Sein oder Nichtsein der österreichischen Landwirtschaft und damit der österreichischen Wirtschaft überhaupt.

Wenn heute darüber geklagt wird, daß die gesamte Wirtschaft des Staates von einer schweren Krise erschüttert wird, so ist die Ursache dieser Krise nur in der Notlage der bäuerlichen Bevölkerung zu erblicken. Der Bauer ist kaufunfähig geworden, er hat kein Geld, er scheidet als Konsument gewerblicher und industrieller Produkte aus. Damit ist aber auch schon der Weg der Industrie und des Gewerbes gekennzeichnet: absteigende Bewegung auf der ganzen Linie, Zusammenbruch jeder Konjunktur, die darauf aufgebaut war, daß in der Bevölkerung Geld vorhanden ist.

Die Notwendigkeit eines besseren Zollschutzes der Landwirtschaft wird bei uns damit begründet, daß ein guter Zollschutz der österreichischen Bauern zugleich das beste Förderungsmittel für Gewerbe und Industrie ist. Ich möchte hier den Ausspruch eines alten Politikers zitieren, der kein Bauer, sondern ein Gewerbetreibender ist und vor kurzer Zeit zu mir gesagt hat: Schafft wieder einen besseren Zollschutz für die Landwirtschaft, dann wird es uns Kaufleuten und Gewerbetreibenden wieder besser gehen. Er erinnerte sich an die Zeit der neunziger Jahre, wo auch Gewerbe und Industrie auf dem Boden lagen, wo aber dann infolge der Einführung von Schutzzöllen für die bäuerlichen Produkte ein Aufstieg der Wirtschaft eintrat, der nur darauf basierte, daß man dem Stande, der den Boden bearbeitet, bessere Lebensbedingungen bot.

Wir können es aber auch mit anderen Gründen beweisen, wie notwendig für unseren kleinen Staat die landwirtschaftlichen Zölle in dem Ausmaße sind, wie sie hier vorgeschlagen werden. Schon ein Blick nach Deutschland zeigt uns, wie man bewußt die Landwirtschaft durch Zölle schützt, wie man sich bewußt einen inneren Markt schafft, indem man die Landwirtschaft nicht auf den Aussterbeetat setzt. Die deutschen Zölle könnten uns ein Muster dafür sein, wie eine Regierung die Landwirtschaft schützen soll. Wenn wir sehen, daß in Deutschland bei Weizen ein Zollschutz von 29·5 S, bei Malz von 37·6, bei Weizenmehl von 60·77, bei Kartoffeln von 2·36, bei Schlachtrindern von 28·91 — auf die österreichische Relation umgerechnet —, bei Milch von 5·90, bei Eiern von 5·90, bei Rindfleisch von 53·10 und bei Wein von 53·10 S besteht, so müssen wir von Neid erfüllt werden. Die Bauern haben im deutschen Reichstag zahlenmäßig keine so starke Vertretung wie in Österreich. Trotzdem waren sich die Vertreter aller Bevölkerungskreise in Deutschland bewußt, daß es notwendig ist, der Landwirtschaft den nötigen Schutz angedeihen zu lassen, und haben deshalb diese Zölle beschlossen.

Bei uns in Österreich handelt es sich darum — das möchte ich bei dieser ersten Lesung konstatieren —, daß wir jetzt eigentlich darüber entscheiden müssen, ob eine zollpolitische oder eine monopolistische Lösung der Agrarfrage erfolgen soll. Die Neuheit im neuen Zolltarif, daß er nur auf ein Jahr abgeschlossen wird, ist schon ein Hinweis darauf, daß wir uns die zweite Möglichkeit, das ist die monopolistische Lösung dieser Frage, nicht versperren wollen. Wir denken bei der Schaffung von Monopolen für landwirtschaftliche Produkte nicht vielleicht daran, volle Staatsmonopole zu schaffen, aber wir wollen, daß durch Einkaufsgesellschaften, die mit einem monopolartigen Charakter ausgestattet sind, in denen der Staat das Hauptwort zu sprechen hat, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den uns nahegelegenen östlichen Agrarstaaten oder überhaupt aus den Agrarstaaten staatlich geregelt wird. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir über diesen Punkt nicht hinwegkommen, und ich werde im weiteren Verlauf meiner Rede Beispiele anführen, die Ihnen die Notwendigkeit beweisen

werden, staatliche Einfuhrstellen für gewisse Produkte zu schaffen.

Ich begrüße es, daß sich die Regierung in der Vorlage zum erstenmal auch von dem Gedanken der Gestehungskosten der österreichischen Produkte hat leiten lassen. Bisher war der Zoll rein fiskalisch oder starr abgesteckt, es waren Bewegungen auf und ab nicht möglich. Bei dem heutigen Zoll für Getreide ist aber eine Anmerkung vorhanden, die besagt, daß die Bundesregierung ermächtigt ist, einen Zusatzzoll auf Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zu dem Zwecke einzuheben, „um einen den Bestand des Getreidebauern gefährdenden, nicht bloß vorübergehenden Preisrückgang für diese Getreidearten zu beseitigen oder hintanzuhalten". Man hat sich hier zum erstenmal darauf festgelegt, daß es zu einem wirklichen Schutz des Getreides notwendig ist, die Gestehungskosten des österreichischen Bauern zur Beurteilung seiner Lage heranzuziehen.

Wir sehen auch, daß Zölle eingeführt werden, die Produkte schützen, die bisher frei waren. Wir begrüßen dies. Wenn ich sehe, daß ein Zoll auf Kartoffeln eingeführt wird, so kann ich die Notwendigkeit desselben damit begründen, daß wir in Österreich dank der intensiven Bewirtschaftung unseres kargen österreichischen Bodens doch dazu gekommen sind, eine Kartoffelproduktion herzustellen, die nicht nur ausreicht, um den heimischen Bedarf zu decken, sondern auch dazu führt, daß wir uns um Exportmöglichkeiten ins Ausland umsehen müssen. Wir sehen auch einen Zoll auf Zuckerrübe, der allerdings momentan nicht in Betracht kommt, aber uns die Möglichkeit bieten soll, unsere Rübenbauern vor zukünftigen Invasionen aus benachbarten Staaten zu sichern. Wir sehen ferner, daß bei den autonomen Viehzöllen Erhöhungen vorgenommen sind, die, wenn sie von den Nachbarstaaten nicht umgangen werden, vielleicht die Möglichkeit bieten, daß dem Gebirgsbauern ein besserer Absatz für sein Produkt, das ist in diesem Falle das Rind, gewährleistet wird. Aber gerade bei diesen Zöllen möchte ich das hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß wir hier einer Tatsache gegenüberstehen, die von unserer Regierung gewürdigt werden muß, der Tatsache, daß Staaten, die nach Österreich Rinder exportieren, Ausfuhrprämien für jedes Stück Rind in der Höhe des österreichischen Zolles und darüber hinaus geben. Ein solches Vorgehen ist natürlich nicht geeignet, einen wirklichen Schutz der Gebirgsbauern durch Zölle zu ermöglichen. Wenn diese Praxis seitens unserer Nachbarn sich durchsetzen sollte, dann muß ich hier erklären, daß diese Zollsätze zu niedrig sind, um unseren Bauern einen wirklichen Schutz zu bringen. Wir müssen dann in diesen Belangen tatsächlich zu dem Mittel einer staatlichen Einfuhrstelle greifen. Nur so wird es uns möglich sein, eine Einfuhr hintanzuhalten, die bereits deroutierend auf unseren Markt wirkt.

Wir können gerade bei den Rindern mit Stolz darauf hinweisen, wie sehr sich die österreichische Landwirtschaft aufgeschwungen hat. Wenn ich hier Daten über die Belieferung des Wiener Marktes mit Rindern bringe, so sehen wir, daß seit dem Jahre 1928, wo überhaupt noch größere Märkte waren, eine Verbesserung der Zufuhr aus dem Inlande von 40.000 auf 59.000 stattgefunden hat, während die ausländische Einfuhr von 138.000 auf 104.000 zurückgegangen ist. Diese Ziffern sollen Ihnen nur sagen, daß Österreich tatsächlich derzeit schon in der Lage wäre, den Bedarf an Rindern zum allergrößten Teil im eigenen Lande zu decken, und daß die Landwirtschaft imstande wäre, den Wiener Markt ausreichend zu beschicken.

Daß die Kälber diesmal auch mit einem höheren autonomen Zoll bedacht werden, verdient unser besonderes Augenmerk. Auf dem Kälbermarkt, der seit dem Umsturz bis zum Jahre 1929 ausschließliches Belieferungsfeld des inländischen Bauern war, sehen wir mit Sorgen und Bangen, daß auch hier das Ausland stark vordringt. Die Belieferung des Wiener Marktes mit Kälbern aus dem Inland war im Jahre 1928 in die Statistik noch mit 224.000 Stück eingesetzt, während wir im Jahre 1930 nur mehr 201.263 Stück hatten. Hier ist eine starke Zunahme der Einfuhr aus Polen zu konstatieren, die sich für den österreichischen Bauern auf das allerunangenehmste bemerkbar macht. Insbesondere in den letzten vier Monaten dieses Jahres hat die Zunahme der Einfuhr von Kälbern aus Polen nicht weniger als 33.492 Stück betragen, eine ganz horrende Zahl. Nachdem die Regierung eine Verordnung erlassen hat, die das Gewicht der einzuführenden Kälber auf 45 und 50 Kilogramm hinaufsetzt, sehen wir zwar einen Rückgang in der Stückzahl der Einfuhr, aber die Gewichtsmenge an und für sich ist gestiegen. Wir müssen daher unser Augenmerk darauf richten, daß hier ein Schutz geschaffen wird, damit diese angestammte Belieferung erhalten bleibt, die ein legitimes Recht unserer Bauern ist. Es wird ja so oft in diesem Hause von wohlerworbenen Rechten gesprochen. Auch bei den Bauern gibt es wohlerworbene Rechte, und wir können gerade das Recht der Beschickung des heimischen Marktes mit unseren Produkten als eines der wohlerworbensten Rechte bezeichnen.

Wir wissen, daß die Zölle, die hier beantragt sind, nur autonome Zölle sind, die erst in die Tat umgesetzt werden sollen, und wir hören, daß man diesbezüglich das Kontingentsystem einführen will. Wir begrüßen es, damit wir mit festen Tatsachen rechnen können. Ein Kontingentsystem, das auf den Bedürfnissen des heimischen Marktes, unter Berücksichtigung der eigenen Produktion aufgebaut ist, wird gewiß dazu beitragen, daß sich die Lage der Bauern, der Lieferanten für den Wiener Markt, bessert.

Eine der wichtigsten Fragen, eine jener landwirtschaftlichen Fragen, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Bauernschaft sind, eine Frage, bei deren Entscheidung die ganze Bauernschaft Österreichs von Bregenz bis Bruck an der Leitha aufhorchen wird,

ist die Einführung der Schweinezölle, der Schutzmaßnahmen der heimischen Schweineproduktion, die dazu führen sollen, daß der heimische Markt dem heimischen Schweinefleischproduzenten allein zur Verfügung gestellt wird. Es ist das kein unmäßiges Verlangen. Die Auftriebsziffern der letzten Zeit zeigen, daß der österreichische Bauer imstande ist, den Konsum Wiens mit Schweinefleisch zu versorgen. Wir haben in der letzten Zeit schon einen autonomen Zoll von 45 Goldkronen beschlossen, der in der neuen Zollvorlage zur Anwendung kommt. Wir verlangten aber auch von der Regierung — und sie hat unserem Verlangen entsprochen —, daß die zollfreie Grenze von Fleischschweinen, die bisher 110 Kilogramm betragen hat, auf 150 Kilogramm hinaufgesetzt wird, was tatsächlich unumgänglich notwendig ist, wenn sich dieser Schweinezoll überhaupt auswirken soll. Daß wir imstande sind, den Markt mit Schweinen zu versorgen, zeigen Ihnen die Zufuhren auf den Wienern Schweinemarkt in den ersten vier Monaten des Jahres 1931. Während das Inland noch im Jahre 1929 gar keine Rolle bei der Zufuhr von Fleischschweinen auf dem Wiener Markte gespielt hat — 3½ Prozent des Auftriebes waren aus dem Inland —, sind in den ersten vier Monaten des Jahres 1931 268.000 Stück Schweine aus dem Auslande und 166.772 Stück aus dem Inlande geliefert worden. Wir haben daher beinahe schon zwei Drittel der Auslandmenge erreicht, und ich muß sagen, die Entwicklung geht in dieser Hinsicht vorwärts.

Was unsere Bauern brauchen, um hier einen vollständigen Erfolg zu erzielen, um den Wiener Markt, den einheimischen Markt vollständig zu erobern, sind ausreichende Preise. Man kann von dem Produzenten nicht verlangen, daß er zu Verlustpreisen produzieren soll, sonst muß sich die Produktion zurückstellen, und eine extensive Wirtschaft muß bei den Bauern einkehren. Wir sehen auch, daß zwar die Stückzahl der Einfuhr von Schweinen aus Polen zurückgegangen ist — sie hat nicht einmal jenen Betrag erreicht, der den Polen durch den unglückseligen Vertrag von Haag zugebilligt wurde —, aber in der Gewichtsmenge hat die Einfuhr jene des Jahres 1929 und auch des Jahres 1928 übertroffen. Während von 100 eingeführten Schweinen im Jahre 1927, wo der Zoll noch nicht nach dem Gewicht abgestuft war, 92 Stück unter 110 Kilogramm waren, ist dieses Verhältnis in den ersten vier Monaten des Jahres 1931 auf 32 zurückgegangen, das heißt, 68 Prozent der polnischen Einfuhr gehen zollfrei nach Österreich. Das ist natürlich ein Zustand, den die österreichische Landwirtschaft nicht ertragen kann. Es ist unmöglich und es kann niemand verlangen, möge er auf welcher Seite des Hauses immer sitzen, daß der österreichische Bauer auf jene Kulturstufe zurücksinken soll, auf der der polnische Bauer seine Schweine produziert. Außerdem sind ja bei uns Belastungen vorhanden, die man im Auslande nicht kennt, und wenn wir schon die Steuern hier in diesem Staate zahlen müssen, so wollen wir auch unsere Produkte in diesem Staate verkaufen, und wir verlangen von der Bevölkerung und von der Regierung, daß sie uns die Möglichkeit dazu gibt. Wir haben in dieser neuen Vorlage eine Relation zwischen Viehzöllen und Fleischzöllen eingeführt, von der ich mir eine Besserung erwarte. Wir haben den Zoll auf Käse erhöht, weil es heute, was die Qualität anbelangt, überhaupt nicht mehr notwendig ist, Käse aus dem Auslande einzuführen. Bei allen Konkurrenzen, die im Auslande veranstaltet werden, nimmt das österreichische Käseprodukt, wenn es zur Preisverteilung kommt, immer einen der ersten Plätze ein. Wir blicken mit Stolz darauf zurück, was in diesem Belange von den Alpenländern geleistet wurde. Es ist nur ein Tribut des Dankes, wenn man diese Leistungen dadurch anerkennt, daß man diese Produktion so schützt, daß ihr der Inlandmarkt uneingeschränkt erhalten bleibt. Aber darüber hinaus sehen wir, daß in diesen Produkten auch schon eine Ausfuhr sichtbar wird, die von Jahr zu Jahr ansteigt und vielleicht schon in den nächsten Handelsbilanzen als große Aktivpost zu werten sein wird.

Nun sind aber Auslandexporte bei jedem Produkt, seien sie landwirtschaftlicher oder industrieller Herkunft, nur dann möglich, wenn dem Produkt ein gesicherter Inlandmarkt gegenübersteht. Und das müssen wir durch diese Zollvorlage erreichen. Wir sehen, daß aus diesem armen zusammengebrochenen Österreich, das nach dem Zusammenbruch ein landwirtschaftliches Nichts war, langsam, aber sicher durch die Arbeitskraft unserer Bauern ein neuer Faktor auf dem Gebiete der Landwirtschaft wird, der schon dazu übergeht, ins Ausland zu exportieren, und wir haben, wie ich schon vorhin erwähnt habe, in den nächsten Jahren damit zu rechnen, daß unsere Handelsbilanz auf der Aktivseite eine Ausfuhrpost der österreichischen Landwirtschaft aufweisen wird.

Wir haben einen Milchzoll, der notwendig ist, weil unsere Genossenschaften den Wiener Markt allein mit Milch versorgt haben, und zwar ausreichend versorgt haben. Wenn die Gesamtzufuhr nach Wien aus dem Inlande, die im Jahre 1920 28,760.000 Liter betragen hat, im Jahre 1930 auf 300,676.000 Liter gestiegen ist und der Anteil der Genossenschaften 170 Millionen Liter beträgt, dann kann ich nur sagen: Einen besseren Beweis dafür, daß man hier eine Notwendigkeit schützt, kann ich Ihnen nicht mehr geben. Wir bäuerlichen Abgeordneten werden noch Gelegenheit haben, bei der Spezialdebätte und im Ausschusse über die einzelnen Punkte dieser Vorlage zu sprechen, wir geben aber schon heute hier die Versicherung ab, daß wir bei allen diesen Maßregeln, die dazu dienen sollen, unserer Landwirtschaft einen besseren Schutz zu gewähren, geschlossen hinter der Regierung stehen. Ich kann hier offen und ehrlich im Namen der österreichischen Bauernschaft erklären, daß wir vor keinem Kampfe zurückschrecken werden, um unserer Bauernschaft bessere Lebensbedingungen zu sichern. *(Lebhafter Beifall rechts.)* Es geht um Sein oder Nichtsein der österreichischen Landwirtschaft,

und in einem solchen Falle gibt es bei den Bauern keine Defätisten und keine Deserteure, das kann ich gleich von vornherein feststellen. Wir erhoffen uns aus diesen Verhandlungen einen besseren Schutz unserer Wirtschaft, unserer Gesamtwirtschaft, und wir hoffen auch, daß sich die Folgen für unsere so schwer geprüfte Bauernschaft ehebaldigst einstellen werden. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Strießnig: Hohes Haus! Das vorliegende Bundesgesetz hat für die österreichische Landwirtschaft eine ganz besondere Bedeutung. Die Sätze dieser fünften Zolltarifnovelle werden die Grundlage für die in der nächsten Zeit abzuschließenden Handelsverträge bilden, und mit diesen Handelsverträgen ist die Zukunft unserer Landwirtschaft eng verbunden. Wir verwahren uns dagegen, daß man etwa der Landwirtschaft wie bisher ausschließlich mit Subventionen und mit Notopfern helfen will. Wir haben schon bei der Beratung des Gesetzes über das Notopfer darauf verwiesen, daß wir dagegen sind, daß die ärmsten unserer Arbeiter in Form einer Zuckersteuer, einer Biersteuer unsere Landwirtschaft stützen sollen. Wohl alle Mitglieder dieses Hauses kennen die Notlage unserer Landwirtschaft und wissen genau, daß es nicht mehr viel bedarf, und unsere Landwirtschaft bricht zusammen. Die Erzeugungskosten unserer Produkte sind Jahr für Jahr gestiegen, die soziale Belastung ist immer größer geworden. Mit dem Inkrafttreten des Landarbeiterversicherungsgesetzes am 1. Jänner 1929 wurde zum Beispiel eine mehr als 200prozentige soziale Belastung auf die Landwirtschaft gelegt, während die Preise vom Frühjahr 1930 bis zum Frühjahr 1931 eine 25- bis 50prozentige Einbuße erlitten haben. Unsere Holzpreise sind in dieser Zeit geradezu katastrophal zurückgegangen, und heute können unsere Gebirgsbauern Holz überhaupt nicht mehr verkaufen.

Wenn schon unsere Landwirtschaft unter dem Drucke der Verhältnisse immer teurer erzeugen muß und wenn daher die Preise unserer Produkte, auch wenn wir nur auf die Gestehungskosten kommen sollen, steigen müssen, dann muß man wohl auch dem Bauern das Recht zugestehen, daß auch wir für unsere Produkte zumindest jene Erzeugungskosten erhalten, die bisher jeder andere Produzent für sich in Anspruch genommen hat. Ein Passivwirtschaften in der Landwirtschaft kann ja eine Zeit dauern, man kann eine Zeitlang von der Substanz leben, aber wenn diese Substanz aufgezehrt ist, dann muß der Zusammenbruch kommen. Ich habe immer das Gefühl, man erkennt die große Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft in diesem hohen Hause noch immer nicht, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß man die Landwirtschaft bisher so vernachlässigt hat. Ich bin Obmann einer größeren landwirtschaftlichen Bezirksgenossenschaft, bestehend aus 18 Gebirgsgemeinden, und ich habe so recht Gelegenheit zu beobachten, wie die Verarmung unserer Bauern, speziell der Gebirgsbauern, fortschreitet. Die Leute kommen zur Genossenschaft, haben oft nicht einmal einen Schilling in der Tasche, kaufen Waren, bleiben sie schuldig und sind die längste Zeit gar nicht in der Lage, sie überhaupt zu bezahlen. Trotz dieser ungeheuren Anstrengungen, trotz dieses Fleißes und dieser langen Arbeitszeit arbeiten die Bauern ruhig weiter. Sie denken nicht an einen Streik, und ich muß schon sagen, das ist mehr als ein stilles Heldentum, was unsere Landwirtschaft jetzt in dieser schweren Zeit vollbringt.

Die vorliegende Novelle sieht verschiedene Zollerhöhungen vor. Besonders wichtig für uns sind die Zölle auf Vieh, Getreide und Holz. Speziell die alpenländische Landwirtschaft ist auf den Erlös aus dem Vieh angewiesen. Das ist die einzige, ich möchte sagen, die große Einnahmequelle unserer Bauern. Es ist daher notwendig, daß in der fünften Novelle Schutzzölle verankert werden, um später beim Abschluß der Handelsverträge die Produktion der Gebirgsbauernschaft zu schützen.

Bisher hat für uns noch immer eine eiserne Reserve bestanden, das war die Holzreserve, jene Reserve, die immer im äußersten Notfall in Anspruch genommen wurde. Diese Reserve ist jetzt mit Rücksicht auf den Holzmarkt vorläufig versiegt.

Notwendig sind auch die Zölle für unsere Getreidebauern, und zwar deshalb, weil wir der Überzeugung sind, daß jene Wechselbeziehungen, die zwischen der Gebirgsbauernschaft und den Getreidebauern bestehen, auch in der Zukunft aufrechterhalten werden müssen. Die Landwirtschaft in den Gebirgsländern ist ja berufen, Nutz- und Zuchtvieh zu erzeugen, während die Landwirtschaft, die in den Donauländern ihre Betriebe aufrechterhält, unser Abnehmer ist. Ich möchte ganz besonders betonen, daß diese Wechselbeziehungen, die alten natürlichen Bedingungen, wie sie ja schon durch die Lage unserer Landwirtschaft von Natur aus festgestellt sind, aufrechterhalten werden müssen. Nur so ist ein Zusammenwirken und ein Zusammenarbeiten der österreichischen Landwirtschaft überhaupt möglich.

Daß unsere Landwirtschaft wirklich leistungsfähig ist, haben wir ja schon während der Budgetberatung des Jahres 1929 nachgewiesen. Wir haben in einem Zeitraum von zehn Jahren eine ungeheure Produktionssteigerung erreicht, und wie diese Produktionssteigerung noch in der Zukunft fortgesetzt werden kann, hat ja Kollege Manhalter nachgewiesen. Speziell auf dem Gebiete der Schweinezucht könnte noch viel geleistet werden, wenn der Absatz und die Preisbildung in entsprechender Weise gegeben sind. Ich verweise da zum Beispiel auf das kleine Kärntnerland, das in den ersten 4½ Monaten dieses Jahres, also bis Mitte Mai, 252 Waggon Schweine und Rinder über die Landesgrenzen abgegeben hat, gewiß eine Leistung, die, wenn man die Not der Landwirtschaft mitberücksichtigt, geradezu als bewunderungswürdig zu bezeichnen ist.

Trotz der niederen Schweine- und Viehpreise war es möglich, eine solche Produktionssteigerung zu erreichen.

Wir sind auch der innersten Überzeugung, daß diese angesetzten Zollerhöhungen keine wesentliche Preissteigerung in bezug auf Fleisch und auf jene Produkte, die die Bevölkerung kaufen muß, bringen wird. Nur muß man sich endlich einmal mit der Frage beschäftigen, wie diese großen Zwischenhandelsgewinne, die heute noch immer bestehen, einer Regelung zugeführt werden. *(Zustimmung in der Mitte.)* Wir hören immer die Klagen, daß die verbrauchende Bevölkerung von diesem Preissturz, dem wir ausgesetzt sind, nahezu gar nichts verspürt, während der Bauer draußen für seine Produkte nur mehr einen Bruchteil von jenen Preisen bekommt, die wir als Produktionskosten bezeichnen müssen.

Wir Landwirte haben vor nicht langer Zeit und auch gestern mit schwerem Herzen und mit dem Bewußtsein der großen Verantwortung den Credit-Anstalts-Gesetzen zugestimmt, weil wir der Meinung sind, daß der Zusammenbruch eines unserer größten Geldinstitute vermieden werden muß. Sorgen Sie aber, meine Verehrten, auch dafür, daß die Katastrophe auf dem Gebiete der Landwirtschaft vermieden wird. Anzeichen sind schon genug vorhanden, und gerade die Vertreter der Arbeiter haben das allergrößte Interesse, die Landwirtschaft zu erhalten, weil damit auch das Schicksal der Arbeiter eng verbunden ist. Viele Bauern sind heute schon nicht mehr in der Lage, ihre Sozialversicherungsbeiträge bezahlen zu können, die Schulden der Bauern bei diesen Anstalten werden immer größer, und ich sage, wenn diese Katastrophe so weiterschreitet, dann wird auch der Zusammenbruch unserer ländlichen Sozialversicherungsanstalten nicht mehr zu vermeiden sein. *(Sehr richtig! in der Mitte.)* Die Not der Zeit und die Verhältnisse werden stärker sein als die Gesetze, und darum haben wir alle das allergrößte Interesse, daß wir uns zusammenschließen, daß wir zusammenarbeiten, damit der Zusammenbruch der Landwirtschaft vermieden wird. *(Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)*

Zarboch: Hohes Haus! Vor einem Jahre wurde mit großem Tamtam verkündet, daß wir vor einer Generalrevision des Zolltarifs stehen. Wir haben erwartet, daß diese Generalrevision auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung ganze Arbeit leisten werde, und sind infolgedessen einigermaßen enttäuscht, nunmehr wieder nur in Form einer Novellierung ein Gesetz vor uns zu sehen, das eine Teillösung bringt. Es ist bedauerlich, daß man den Äußerungen, die wiederholt in diesem Hause gefallen sind, daß es sich bei allen Maßnahmen lediglich um ein Flickwerk handle, daß man sich mit Fortwursteln begnüge, eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann.

Der zweite Umstand, der unangenehm in die Augen fällt, ist der, daß eine Erhöhung gewisser Zollsätze, insbesondere von ausgesprochenen Finanzzöllen, vorliegt, die in einem krassen Widerspruch zu jenen Äußerungen steht, daß vermieden werden solle, der Bevölkerung Österreichs neue Lasten zuzumuten, daß man trachten werde, das Defizit dieses Staates nicht durch Mehreinnahmen, sondern durch Ersparungen zu beseitigen; trotzdem werden neue Belastungen durch diese Zolltarifnovelle eingeleitet. Es ist eine feststehende Tatsache, daß Finanzzölle Mehreinnahmen bedeuten, so daß also dieser Widerspruch aufscheint. Die beabsichtigte Erhöhung der Preise gewisser Genußmittel, zum Beispiel Tee, Kaffee, Kakao, sind solche Finanzzölle, und ich habe früher gesagt, daß man ursprünglich vermeiden wollte, durch Mehreinnahmen das Defizit dieses Staates zu beseitigen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Feststellung machen, die deshalb notwendig ist, weil in manchen Tagesblättern die Behauptung aufschien, daß die Großdeutschen, beziehungsweise der Nationale Wirtschaftsblock an Stelle jener Gehaltsabzüge, die man den Beamten zumutete, als Ersatzmaßnahmen diese Finanzzölle auf Genußmittel, also auf Tee, Kaffee und Kakao, gesetzt wissen wollten. Ich möchte feststellen, daß wir bei den Verhandlungen über das Beamtennotopfer der Meinung Ausdruck gaben, daß unter anderem auch eine Preiserhöhung einiger Erzeugnisse der österreichischen Tabakregie in Betracht gezogen werden könnte. Die Vertreter des Finanzministeriums nahmen diese Vorschläge auf und antworteten, wenn man diese Absicht habe, dann müßte man auch die Preise für andere Genußmittel erhöhen. Wir haben diese Bemerkung hingenommen, ohne die Unrichtigkeit dieser Schlußfolgerung sofort festzustellen.

Ich habe früher die Bemerkung gemacht, daß die vorliegende Novelle wieder nichts anderes sei als die Fortsetzung jener Maßnahmen, die wir als Flickwerk, beziehungsweise als Fortwurstelei bezeichnen. Wir stehen seit Jahren auf dem Standpunkt, daß eine gründliche Verwaltungsreform Ersparungen bringen könne, die insbesondere auf dem Gebiete des Beamtenproblems jene Lösung herbeiführen könnte, die auch im Sinne der weitesten Bevölkerungsschichten liegt, daß es nämlich besser wäre, weniger, aber gut bezahlte Beamte zu haben. Diese Verwaltungsreform sehen wir nicht einmal in den Kinderschuhen, wir sehen sie nicht einmal in den geringsten Dingen angebahnt. Wir sehen diese Fortwurstelei auf dem Gebiete der Bundesbahnen, wo in mehrfacher Beziehung dringendste Reformen notwendig wären, wir sehen sie aber auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie und der sonstigen Produktion. Die maßgebenden Stellen haben sich bisher nicht den Kopf darüber zerbrochen, welche Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich auf die Dauer lebensfähig sein können und welche Produktionsgebiete gewerblicher und industrieller Natur auf die Dauer der Konkurrenz des Auslandes standhalten können. Ich möchte nur ein Beispiel anführen, das sich auf das landwirtschaft-

liche Gebiet bezieht. Die Frage, ob der österreichische Weizenbau auf die Dauer ein ertragreiches Produktionsgebiet darstellen wird, wäre sicher einer gründlichen Aussprache wert, weil in dem Moment, wo festgestellt würde, daß dieses Produktionsgebiet auf die Dauer nicht als rentabel zu erhalten sei, alle Zollmaßnahmen und alle anderen Hilfsmaßnahmen für den Weizenbau zu entfallen hätten und das Hauptaugenmerk eben auf andere Produktionsgebiete zu richten wäre. Dabei fällt ins Auge, daß wichtige landwirtschaftliche Produktionsgebiete, über die man früher lächelnd hinwegging und zum Teil noch jetzt hinweggeht, vernachlässigt werden. Ich verweise darauf, daß bis vor ganz kurzer Zeit die Milch- und Eiererzeugung Produktionsgebiete waren, die man als nicht ins Gewicht fallend beiseiteschob. Wir wissen, daß das Geld, das die Bäuerin für die Milch und für die Eier einnahm, bis vor wenigen Jahren noch mehr oder weniger das Nadelgeld der Bäuerin bildete. Erst in den letzten Jahren hat sich infolge verschiedener dankenswerter Maßnahmen der Regierung und landwirtschaftlicher Organisationen die Produktion auf diesem Gebiete derart gesteigert, daß heute in den weitesten Kreisen der Wert dieser Produktionsarten so erkannt wird, daß man auch zu einer Produktionsförderung und zu einem Schutz überging. Ich verweise nur auf die Milchproduktion, auf die Hühnerzucht und Eiererzeugung. Geflügelzucht und Eierproduktion wären nach meiner festen Überzeugung noch Produktionsgebiete, die für weite Kreise und insbesondere für die Kleineren und Schwächeren gute Erwerbsquellen darstellen könnten. Ich vermisse auf diesem Gebiete jenen scharfen Schutz, den man für andere Produktionszweige fordert und angebahnt hat. Ich verweise weiter darauf, daß unser Weinbau einen ungenügenden Schutz findet, daß die ausländische Einfuhr unsere heimischen Weinbauproduzenten derart schädigt, daß der Unmut in diesen Kreisen ein sehr großer ist. Wer in Versammlungen von Weinbauern gekommen ist, kann nicht nur ihren Unmut zu spüren bekommen, sondern er wird ihn auch nachfühlen können. Neben diesem ungenügenden Schutz vor der Konkurrenz des Auslandes werden auch jene Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße getroffen, die in unserer Hand liegen — ich meine die Kellerkontrolle, den Schutz vor Fälschungen. Auch die Anwendung des im Vorjahre beschlossenen Provenienzschutzgesetzes hat bisher noch nicht jene Erfolge gezeitigt, die man erwarten konnte. Ich verweise weiter darauf, daß unsere Zollmaßnahmen bisher nicht imstande waren, die Produktion von frischem Gemüse und Obst in Österreich zu fördern. In unseren Gärtnereibetrieben, ob es sich um Blumen- oder Gemüsegärtnereien handelt, herrscht tatsächlich der größte Unmut deshalb, weil man die ausländische Einfuhr zu wenig drosselt und weil die österreichischen Gärtnereibetriebe durch die aus dem Auslande eingeführten Blumen und Sträucher und durch das aus dem Auslande stammende Frühgemüse eine derartige Konkurrenz zu erdulden haben, daß sie sich hüten, Mittel zu investieren und besondere Anstrengungen zu machen. Ich verweise darauf, daß die Bevölkerung immer wieder mit Staunen sieht, wie hunderte Waggons von Bananen aus dem Auslande nach Österreich kommen, und zwar aus Gebieten, mit denen unsere geschäftlichen Beziehungen nicht solche sind, daß wir besonders daran interessiert wären, dieses ausländische Produkt von dort zu beziehen. Wir sehen, daß statt der Bananen der beste Ersatz an inländischem Obst kaum zur Verwendung kommen kann und daß viel gutes österreichisches Edelobst vermostet werden muß, weil für österreichisches Obst keine entsprechenden Preise zu erzielen sind und weil vor allem Obstkühlanlagen fehlen, in denen man das Obst für die Zeit aufbewahren könnte, wo es insbesondere im Frühjahr von den Konsumenten gerne genommen werden würde. Wir sehen ferner, daß unsere inländischen Konservenfabriken, die für unsere Obstproduktion, insbesondere für Besitzer von Beerenobstanlagen, von ausschlaggebender Bedeutung wären, fast keinen oder nur geringen Schutz genießen. Die Fruchtsäfte kommen in der Zeit der Antialkoholbewegung — und es ist lobend hervorzuheben, daß sich unsere Jugend daran gewöhnt, sportlich gestählt, auf den Alkohol zu verzichten — immer mehr als Erfrischungsmittel in Anwendung, es wird aber trotzdem nicht versucht, die ausländische Konkurrenz, zum Beispiel in Himbeersaft und Himbeeren, zurückzudämmen. Ich verweise diesbezüglich auf meinen Wahlkreis, das Waldviertel, wo ein ausgezeichneter Boden und andere gute Vorbedingungen für derartige Kulturen vorhanden wären, wo sich aber natürlich jeder hütet, Geld und Arbeit zu investieren, weil man schließlich der ausländischen Konkurrenz doch nicht standhalten könnte.

Wir werden uns also die in dieser Novelle enthaltenen agrarischen Zollpositionen sehr genau ansehen und prüfen müssen, wieweit sie mit den Produktionsverhältnissen übereinstimmen und wieweit sie nach den heutigen Verhältnissen tragbar sind.

Aber auch auf dem Gebiete der Industriepositionen finden sich einige, die eine genaue Beachtung notwendig machen, mehr als auf dem Gebiete der Agrarpositionen, wo es seinerzeit wegen einer einzigen Position zu einem förmlichen Krieg gekommen ist — ich erinnere an den Karpfenkrieg, einer Position, an der große Produktionsgebiete Österreichs nicht interessiert waren. Wir sehen noch mehr auf dem Gebiete der industriellen Zollsätze, daß dort persönliche Einflußnahme und nicht Allgemeininteressen für die Einführung mancher Zollsätze maßgebend waren. Wir haben einige solcher Positionen, die im Laufe der Jahre fast Berühmtheit erlangt haben. Ich erinnere an die berühmten Positionen Buchbinderleinwand, Rasierklingen, Schalldosen und andere Radiobestandteile, die geschützt wurden, um einzelnen Erzeugern zu Hilfe zu kommen, deren Erzeugungsmenge und

deren Arbeiterstand kaum im Verhältnis steht zu dem Aufwand an Zeit und Mühe, die für diese Positionen aufgewendet wurden. Und daneben sehen wir industrielle und gewerbliche Produktionszweige, für die man weniger Sinn hat, weniger Arbeit aufzubringen imstande ist. Ich verweise da auf gewisse Teile der österreichischen Textilindustrie, zum Beispiel auf die Strumpfwirkerei im Waldviertel, die durch den mangelnden Zollschutz vollständig der Konkurrenz des Auslands ausgeliefert ist, so daß Tausende von Arbeitern durch den mangelnden Zollschutz aus den Betrieben verdrängt werden müssen. Ich verweise weiter auf einen anderen Produktionszweig des Waldviertels, die Steinindustrie, die auch durch die ausländische Konkurrenz fast vollständig zugrunde gerichtet wurde.

Wenn wir die Positionen durchsehen, so finden wir unter anderen eine Zollposition auf Flechtweiden. Es ist selbstverständlich erfreulich, daß man diesem Produktionszweig, für den ich mich in diesem hohen Hause wiederholt eingesetzt habe, die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet hat. Aber auffallend ist, daß man auf der einen Seite das Urprodukt, die Korbweide, schützt, dagegen der Abnehmer des Urproduktes, der das Urprodukt verarbeiten soll, die Korbflechterei, fast ohne jeden Schutz bleibt, obwohl insbesondere in Tirol der Beweis geliefert wurde, daß die Korbflechterei in der Lage ist, eine ganze Menge von Landbewohnern, von Invaliden und von älteren Menschen zu beschäftigen, und daß sie imstande ist, ganz ausgezeichnete Exportware zu liefern. Dieser Produktionszweig ist ohne jeden Schutz geblieben, weil gewisse Personen genügend Beziehungen haben, um zu verhindern, daß Positionen aufgenommen werden, die diesem seinerzeit in Österreich in großer Blüte gestandenen Produktionszweig Hilfe bringen könnten.

Wir sehen weiter, daß in dieser Novelle eine ganze Menge von Artikeln unter Zollschutz gestellt werden, obwohl sie nichts anderes darstellen als Rohprodukte, die in Österreich dazu verwendet werden, um Fertigwaren herzustellen, die für den Export bestimmt sind, Rohprodukte, die in Österreich nicht erzeugt werden können. Ich könnte mehrere solche Positionen anführen, verweise aber nur auf die eine Position 534, wo unter der Bezeichnung a) Zelluloselacke angeführt sind, die in Österreich nicht erzeugt werden können, weil die entsprechenden Voraussetzungen fehlen. Wir sehen weiter, daß der Zollschutz für Waren eingeführt werden soll, bei denen übermäßige — ich betone das Wort „übermäßige" — Unternehmergewinne und übermäßige Zwischengewinne vorhanden sind. Wenn bei einem Artikel diese Voraussetzung zutrifft, dann hat der betreffende Produktionszweig kein Recht, vom Staate einen Schutz seiner Produktion zu verlangen.

Ich fasse kurz zusammen, daß wir auch auf der Seite der Industriepositionen eine ganze Menge solcher haben, die der genauesten Beachtung und Prüfung unterzogen werden müssen, bevor sie die Zustimmung meiner Partei finden können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen Wunsch aussprechen, der die Verhandlungen im Ausschuß betrifft. Es war bei den letzten Verhandlungen im Zollunterausschuß — ich spreche gar nicht vom Zollausschuß — die unangenehme Bemerkung zu machen, daß selbst jene statistischen Daten, die gedruckt vorhanden sind und eigentlich den Abgeordneten zur Verfügung stehen müßten, nicht zu erhalten waren, statistische Angaben, aus denen man die Ein- und Ausfuhrziffern und die Produktionsverhältnisse entnehmen könnte, daß also die sachlichen Unterlagen für die Beurteilung der einzelnen Zollpositionen im Zollunterausschuß deshalb nicht zur Verfügung standen, weil man entweder auf die Drucklegung der Arbeiten des statistischen Amtes vergaß oder weil man vielleicht — das will ich nicht annehmen — nicht in der Lage war, die letzten Ziffern bekanntzugeben. Wenn wir für ein statistisches Amt Geld zur Verfügung stellen, muß dieses statistische Amt auch dem Parlament jene Grundlagen liefern, die für eine klare Erkenntnis, insbesondere in den Fragen des Zollschutzes, notwendig sind.

Und noch ein paar Bemerkungen zum Schluß, die die Verhandlungen hier im Hause betreffen. Das Parlament hat die Aufgabe, autonome Zollsätze zu erstellen. Ich komme bei der Verhandlung von Handelsverträgen sehr oft zu der Überzeugung, daß diese Verhandlungen im Zollunterausschuß, im Zollausschuß und auch bei der Verabschiedung der Zolltarifnovelle oder eines Zollgesetzes im Hause nur sehr problematischen Wert haben, weil wir nach der Erstellung des autonomen Zolltarifs keinerlei Einfluß mehr darauf haben, daß der Wille des Parlamentes sich dann auch bei den Handelsvertragsverhandlungen auswirke. Wir sind eigentlich ganz abhängig von dem Geschick, von dem Verständnis und von dem Verantwortungsgefühl eines einzigen Menschen, der die Handelsvertragsverhandlungen zu führen hat, wir setzen bei diesen Verhandlungen eigentlich alles auf eine Karte. Ich sehe in diesem Vorgang ein Stück Absolutismus der Bureaukratie. Ich stehe unter dem Eindruck, daß, wenn das Parlament die nicht leichte Aufgabe hat, autonome Zollsätze festzulegen, Körperschaften des Parlamentes — ich denke da an den Hauptausschuß des Parlamentes oder an den Zollunterausschuß — zumindest in einem gewissen Stadium von den Handelsvertragsverhandlungen unterrichtet werden sollen, um auf diese Weise in die Lage zu kommen, einzugreifen und den Willen des Parlamentes zu bekunden, ehe die Fäden so festgeknüpft sind, daß eben dann ein Eingreifen zwecklos ist. Darüber sind wir uns klar, daß Handelsvertragsverhandlungen nicht von Parlament zu Parlament geführt werden können, daß nur einzelne Männer in der Lage sind, diese schwierigen Verhandlungen durchzuführen und abzuschließen; aber bevor sie abgeschlossen werden, muß das Parlament befragt werden.

Ich erinnere an die seinerzeitige Aufregung in der Bevölkerung, als man hier im Parlament die ernsteste Absicht hatte, den Weinbauern Österreichs zu Hilfe zu kommen, und dann ein Handelsvertrag mit Ungarn abgeschlossen wurde, der die österreichischen Weinbauern der ungarischen Konkurrenz rücksichtslos auslieferte *(Rufe links: Sehr richtig!)* — ein Fall, wie der Wille des Parlamentes nicht respektiert wird. Ich stehe also unter dem Eindrucke, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um dieses Stück Absolutismus der Bureaukratie zu beseitigen.

Zum Schlusse möchte ich sagen, daß wir sowohl die agrarischen wie auch die industriellen Positionen mit größter Vorsicht aufnehmen und überprüfen werden, daß wir aber mit der Absicht an die Behandlung dieser Zolltarifnovelle gehen werden, unserer agrarischen, industriellen und gewerblichen Produktion jede notwendige Förderung und jeden notwendigen Schutz angedeihen zu lassen. *(Lebhafter Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Frau **Freundlich:** Hohes Haus! Wir befinden uns momentan in einer außerordentlich schwierigen und nicht ganz ungefährlichen handelspolitischen Situation. Zwei unserer wichtigsten Handelsverträge und ein Zusatzvertrag zum tschechischen Handelsvertrag werden in der nächsten Zeit ablaufen, und wir sehen bis jetzt noch nicht, ob es möglich sein wird, bis zu dieser Ablauffrist neue Handelsverträge abzuschließen. Wir haben zu wiederholten Malen Gelegenheit genommen, die Regierung davor zu warnen, daß sie uns immer wieder in eine Situation führt, wo die Gefahr des Handelskrieges und die Gefahr der Ausschaltung der Handelsverträge zu einer ernsten Gefährdung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse führen kann. Wenn man heute in einem der Regierung nahestehenden Blatte lesen kann, man denkt daran, es sollen für die Übergangszeit besondere Vereinbarungen getroffen werden, und es sollen einzelne Positionen aus dem tschechoslowakischen Handelsvertrag, über die man sich schon geeinigt hat, vorher angenommen und von den beiden Parlamenten ratifiziert werden, so ergibt dies durchaus nicht eine sehr starke Hoffnung auf eine baldige, rechtzeitige und befriedigende Erledigung der neuen Handelsverträge.

Wir möchten deshalb die Regierung sehr ernst daran erinnern, daß bei einem Zustand, bei dem die wichtigsten Handelsverträge aufhören und die autonomen Zölle plötzlich und für einen bestimmten Zeitraum in Kraft treten, die Regierung alles tue, um eine solche Gefahr von unserer Wirtschaft abzuwenden. Denn ich glaube, wir alle, die in diesem hohen Hause versammelt sind, haben die Überzeugung, wir können wirtschaftlich nicht mehr sehr viele Gefahren durchhalten.

Wenn man den Zolltarif und die Übergangsbestimmungen, wenn man die neuen Vorschläge über die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles liest, so hat man nur ein Gefühl: Glaubt die Mehrheit dieses Hauses und glaubt die Regierung wirklich, daß die Bevölkerung das aushalten kann? Ich gestehe, ich habe mich bei der ersten Durchsicht an jenen alten Witz erinnert, der erzählt, ein Bauer wollte seinem Pferd das Fressen abgewöhnen, und als es nur noch ein Bündel Heu im Tag gefressen hat, ist das unvernünftige Tier gestorben. Vielleicht wird auch das Parlament die Erfahrung machen, daß die Belastung des Konsumenten eine Grenze hat und auch der Konsument eines Tages so unvernünftig werden kann und einfach stirbt. Denn jeder, der heute mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu tun hat, wird Ihnen sagen können, unsere Kaufkraft geht in einer Weise zurück, die einfach katastrophal ist, er wird Ihnen mitteilen können, daß es bestimmte Artikel gibt, die in ihrem Umsatze ständig in einer Weise sinken, so daß Spezialgeschäfte, die sich überwiegend auf solche Artikel stützen, in ernste Gefahr kommen. Wir können zum Beispiel feststellen, der Konsum an Kaffee, an Bohnenkaffee, geht katastrophal zurück. Ich habe kürzlich bei einer festlichen Veranstaltung auf dem Lande einen Mann sagen hören: Seit einem Jahre bekomme ich wieder einmal einen Kaffee, in dem Bohnen enthalten sind; ich habe geglaubt, auf der Welt gibt es überhaupt nichts mehr als Gerstenkaffee. Ich fürchte sehr ,daß die Regierung durch die Spekulation auf die Erhöhung, auf die Verdoppelung, des Zolles auf Kaffee und Tee nicht jene Vermehrung der Eingänge erhalten wird, die sie sich vorstellt, denn jede Erhöhung irgendeines Produktes führt heute zu einem Rückgang des Konsums. Wenn Sie sich vorstellen, daß Sie jetzt den Beamten die Gehälter kürzen wollen, daß die Privatwirtschaft seit einer ganzen Reihe von Monaten gar keine andere Beschäftigung mehr hat, als Gehälter zu kürzen und dabei nicht vielleicht Spitzenverdienste zu kürzen, sondern Verdienste von 22 S in der Woche auf 18 S herunterzusetzen, und wenn Sie sich nun vorstellen, wie sich eine Preiserhöhung bei jedem Artikel auf ein solches Haushaltungsbudget auswirken muß, dann muß man sich eigentlich wundern, daß die Regierung den Mut hat, eine solche Belastung der Bevölkerung für möglich zu halten.

Nun verkennen wir keineswegs, auch für die Landwirtschaft ist die Situation schwierig. Wer beruflich oder aus Interesse die Berichte über die Getreidemärkte der Welt verfolgt, der sieht ja, daß wir immer noch einen ganz katastrophalen Überschuß an Getreide auf dem Weltmarkte haben. Nach einer Aufstellung, die vor kurzem durch die internationale Presse gegangen ist, betragen allein die Weizenvorräte, die noch aus den Ernten von 1928, 1929 und 1930 vorhanden sind, 529.581 Quarter; ein Quarter ist 217·7 Kilogramm. Wenn Sie hören, daß auf den Märkten in Kanada Ende Februar der Weizen noch mit $65^3/_8$ Cent notierte, daß er Ende März auf $59^7/_8$ zurückgegangen ist und daß man jetzt auf der Wiener Produktenbörse

kanadischen Weizen für Juli mit 30 Cent kaufen kann, so sehen Sie, wir stehen nicht vor einer nationalen, unserer Landwirtschaft eigentümlichen, aus den besonderen österreichischen Verhältnissen entspringenden Katastrophe, sondern vor einer wirklichen Weltkatastrophe und daß wir diese Weltkatastrophe allein gewiß nicht überwinden können, es ganz falsch wäre, uns vorzustellen, daß wir unsere Landwirtschaft retten können, wenn diese Situation auf den Weltgetreidemärkten weiterhin dauert.

Man hat nun eine ganze Fülle von Methoden versucht, um der Katastrophe Herr zu werden. Sie werden alle wissen, daß man in Amerika ein Institut geschaffen hat, den sogenannten Farm Board, dem man 600 Millionen Dollar zur Verfügung stellte, damit er die Getreideüberschüsse aufkaufe. Die 600 Millionen Dollar wurden ausgegeben, aber die noch vorhandenen Getreideüberschüsse können nicht aufgekauft werden; denn selbst die reichen Vereinigten Staaten von Amerika sind ganz außerstande, die Geldmittel aufzubringen, um diesen Überschuß einlagern und später verwenden zu können. Dabei werden die Vereinigten Staaten an diesen 600 Millionen Dollar heute schon mindestens 100 Millionen verlieren, denn dieser Weizen wurde ja vielfach zu Preisen eingedeckt, die uns heute förmlich phantastisch anmuten. In Kanada haben sich die Banken geweigert, trotzdem der Staat bereit ist, eine Garantie zu übernehmen, die neue Ernte von 1931 restlos zu finanzieren. Im kanadischen Parlament wurden die heftigsten Kämpfe in den letzten Wochen durchgeführt, weil die Frage nicht gelöst werden konnte, woher man denn die Geldmittel nehmen soll, um diese Getreideüberschüsse dauernd zu erhalten. Man rechnet sogar damit, daß es vielleicht notwendig werden wird, in Kanada eine Anleihe aufzunehmen, um die Finanzierung dieser neuen Ernte durchzusetzen.

Man hat natürlich auch andere Mittel versucht. Wir haben ja in Österreich ein reiches Assortiment solcher Versuche. Ich weiß nicht, ob die Landwirtschaft in Österreich sich der Tatsache bewußt ist, daß wir eigentlich keine Führung in landwirtschaftlichen Fragen haben. Es werden immer momentane Situationen genutzt, manchmal auch nicht mit der nötigen Vorsicht genutzt. Wir lassen uns vom Zufall einfach treiben, und wenn dann irgend jemandem etwas einfällt, dann wird das mit dem nötigen politischen Nachdruck durchgesetzt. Wir haben im vorigen Jahre den Versuch eines Notopfers gemacht. Der Herr Abg. Strießnig hat jetzt gesagt, die Bauern haben im vergangenen Jahr dagegen protestiert, sie wollten nicht, daß der ärmste Teufel seinen Zucker teurer bezahlt, damit die Landwirtschaft eine Unterstützung bekommt. Wenn die Landwirtschaft durch das Notopfer eine wirkliche Hilfe bekommen hätte, dann könnten wir ja noch sagen, der städtische Konsument hat diese Opfer nicht umsonst gebracht. Aber vergegenwärtigen Sie sich, was das für die Gebirgsbauern bedeutet. Das sind keine Ziffern, die ich aus Zeitungen habe, sondern an mich hat eine ganze Reihe von Gebirgsbauern geschrieben und mich gefragt, ob es denn wahr sei, daß man so etwas als Hilfsaktion ausgibt. Die Bauern haben 40 S aus dem Notopfer bekommen, und die Erhöhung des Preises, die durch das Notopfer beim Zucker hervorgerufen wurde, beträgt nach dem Umsatz dieser Gebirgsbauern 43 S 68 g. Es haben also viele Bauernfamilien im Gebirge von dem Notopfer keinen Vorteil gehabt, sondern sie haben das reichlich wieder zurückzahlen müssen durch die Erhöhung der Zuckerpreise. Und wenn wir zum Beispiel hören, ein großer Teil des Notopfers ist gar nicht in die Taschen der Landwirte gewandert, sondern ihn hat der Staat gleich in Form von Steuerrückständen konfisziert, dann muß man doch sagen: Ja, haben die Konsumenten in Österreich nicht ein Recht, mißtrauisch zu sein, wenn man ihnen sagt, ihr müßt für die heimische Produktion, für die heimische Landwirtschaft Opfer bringen?

Wenn Sie nun erklären: Wir wollen keine Notopfer mehr, wir wollen etwas anderes haben, und wenn Sie mit dem alten, so vielfach versagenden Mittel des Zolles kommen — wir machen doch seit 1924 in diesem Hause nichts als Zolltarifnovellen, dann heißt dies, Sie kennen keinen Weg aus der Krise. Die Mitglieder des Zollausschusses könnten ihre Betten herbringen und gleich dauernd hier schlafen. Denn jedes Jahr sitzen wir ein paar Wochen beisammen, einmal haben wir sogar acht Monate hier in diesem Hause zugebracht, um den Zolltarif zu novellieren. Haben wir damit irgendeinen positiven Zweck für unsere Volkswirtschaft herbeigeführt? Kann heute irgend jemand wirklich beweisen, daß alle diese Erhöhungen der Zölle ein Erfolg gewesen sind?

Man bekommt immer wieder den Eindruck, die Bevölkerung wird nicht nur herangezogen, wenn, wie wir es gestern erlebt haben, große Unternehmungen in Schwierigkeiten kommen, sondern die Bevölkerung muß überhaupt immer die Defizite bezahlen, die irgendwo in der Volkswirtschaft entstehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, wir sollen nächstens ein Gesetz ins Haus bekommen, das eine neuerliche Belastung der Konsumenten herbeiführen wird, wenn auch der Herr Minister Dollfuß, wie man aus den Zeitungen entnehmen könnte, leugnet, daß der Konsument eine Belastung erfahren soll. Ich meine da den berühmten Ausgleichsfonds für die Molkereiwirtschaft. Da hat man mit Hilfe der Völkerbundkredite eine Reihe Molkereien errichtet. Es wird erzählt, und sogar nicht von Leuten, die uns nahestehen, sondern von Vertretern, die der anderen Seite nahestehen, daß diese Molkereien nicht immer gerade dort erbaut wurden, wo man die meiste Milch hat, sondern dort, wo der Einfluß des Abgeordneten im Rahmen der bürgerlichen Parteien am größten gewesen ist, und daß sie heute Molkereien haben in einem Gebiet, wo man 6000 Liter zuführt und die Molkerei eine Kapa-

zität von 20.000 Litern hat. Wir wissen, daß hier manchmal politische Krisen entstehen, daß Parteien widerhaarig werden, weil sie die nötigen Sanierungsmittel für solche notleidend gewordene Molkereien bekommen wollen. Man kann natürlich bei einem solchen Leerlauf nicht rationell wirtschaften. Dazu kommt, die Gestehungskosten der Milch sind in den einzelnen Bundesländern sehr verschieden, daß die Gefahr der Konkurrenz unter den Landwirten nicht restlos gebannt werden kann.

Man will also jetzt einen Ausgleichsfonds schaffen, indem für jeden Liter Milch, der in Österreich geliefert wird, ganz gleich, ob Konsummilch oder Milch für die Produktion, 3 g in den Ausgleichsfonds eingezahlt werden. Aus diesem Fonds sollen nun auf der einen Seite die notleidenden Molkereien, auf der anderen Seite die Produktion von Käse und Butter Unterstützungen bekommen. Wie sich der Herr Minister vorstellt, daß diese 3 g aufgeteilt werden, weiß ich nicht. Ich weiß allerdings, daß der Lieferungspreis in die Molkerei für 1 Liter Milch 22 bis 24 g beträgt, dagegen der Ablieferungspreis aus der Molkerei beträgt 32, 33 und 34 g. Die Konsumgenossenschaft Wien hat auch eine Molkerei, meine Herren. In dieser Molkerei kostet uns die Verarbeitung des Liters Milch 6 g. Wie rechtfertigen die anderen Molkereien eine Preisspanne von 10 und 12 g pro Liter? Einfach damit, daß diese Völkerbundkredite verzinst werden müssen. Es wurde vor kurzem im Finanzausschuß schon angekündigt, die Regierung werde sich bereitfinden müssen, die Verzinsung von 6 auf 3 Prozent herabzusetzen, weil die Molkereien sonst einfach nicht lebensfähig bleiben können. Da haben Sie ein Beispiel: Man verspekuliert sich. Man hat plötzlich 6 Millionen Schilling, man fängt an zu bauen, ohne sich über die Kapazität Rechenschaft zu geben. Was die Credit-Anstalt im großen getan hat, das hat die Molkereiwirtschaft in Österreich im kleinen getan; sie hatte nicht 1800 Millionen zur Verfügung, wie die Credit-Anstalt, sondern nur 6 Millionen, deshalb sind die Opfer kleiner. Die ganze konsumierende Bevölkerung wird dieses Defizit nun in der Form des Ausgleichsfonds zu tragen haben.

Betrachten Sie eine andere Methode! Wir zahlen in Österreich für jeden Liter Spiritus mehr, als den Gestehungskosten entspricht. Wir zahlen diesen höheren Preis deshalb, weil man sagt: Die landwirtschaftlichen Brennereien sollen in den Zustand versetzt werden, die Schlempe als ein billiges Futtermittel den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Wenn man den Betrag, den diese 4 g pro Liter Spiritus ausmachen, dazu verwenden würde, um Futtermittel im Ausland anzukaufen, dann könnte man das Vieh in Österreich viel rationeller füttern, den Mais ist immer noch ein besseres Futtermittel als Schlempe. *(Zwischenruf rechts.)* Für gewisse Tierarten ist es sicher vorteilhafter, billigen Mais zu haben. Denken Sie nur an die Schweine! Vielleicht hätten wir die Schweinezucht in Österreich schon wesentlich verbessert, wenn wir diese Methode angewendet hätten, nicht die Methode einer indirekten Subvention.

Aber das allerschönste ist, daß man sich immer bemüht, aus all diesen halböffentlichen Stellen die Konsumentenvertreter auszuschalten. Aus dem Milchausgleichsfonds sollen die Konsumenten ganz ausgeschieden werden, da werden nur Vertreter der Landwirtschaftskammer und der Handelskammer im Aufsichtsrat und im Vorstand sitzen, die Arbeiterkammer wird dort nicht Sitz und Stimme haben, denn die Herrschaften wollen unter sich sein, man soll nicht sehen, wohin die Subventionen fließen, die aus all diesen Fonds in die Wasser der Landwirtschaft geleitet werden. In der Spiritusstelle ist der Sekretär der Handelskammer Konsumentenvertreter — eine größere Farce gibt es gewiß nicht mehr. Außerdem hat diese Verwaltungskommission in der Spiritusstelle gar keinen Einfluß.

Es ist gar nicht zu leugnen, daß auf all diesen Wegen heute die städtische Bevölkerung für die landwirtschaftliche Bevölkerung tributpflichtig wird und daß man doch nicht in einem Atem die Einkommen der städtischen Bevölkerung herabsetzen und auf der anderen Seite sie fortwährend für das Landvolk tributpflichtig machen kann.

Nun kommt man mit einem neuen Zolltarif. Ich muß schon sagen, wenn man sich das anschaut: Der Speisezettel ist ja sehr erfreulich! Wenn wir auch für den Anschluß an Deutschland sind — daß wir jeden Fehler nachmachen, den man in Deutschland vorgemacht hat, Herr Minister, das erscheint mir doch nicht notwendig, um die Anschlußfreudigkeit in Österreich zu heben. Das, was Sie in Ihrer Zolltarifnovelle wollen, die Ermächtigung der Regierung, den Zoll nach den Preisen einzurichten, das hat man in Deutschland durchgeführt; man hat dadurch erreicht, daß der Weizenpreis in Deutschland 200 Prozent höher ist als auf dem Weltmarkt. Die städtische und industrielle Bevölkerung Deutschlands zahlt 4½ Milliarden mehr für Getreide, Mehl und Brot, als sie zahlen müßte, wenn diese Art der Zölle mit dieser Ermächtigung der Regierung nicht bestünde. Wenn Sie sich vorstellen, daß Deutschland 1·8 Milliarden an Reparationszahlungen zu leisten hat, daß die deutsche Regierung immer wieder erklärt, sie ist kaum imstande, diese Reparationslasten der Wirtschaft dauernd aufzuerlegen. Und wenn Sie auf der anderen Seite sehen, daß dieselbe Regierung im Interesse der Landwirtschaft — ich werde Ihnen noch zeigen, wie dabei diese Interessen geschützt wurden — einen Tribut von 4½ Milliarden Mark jährlich einfordert, dann muß man sagen: Das Ausland kann gar nicht glauben, es geht dem deutschen Volke schlecht, denn sonst müßte eine verantwortungsbewußte Regierung eine derartige Politik ablehnen.

Und hat man nun der deutschen Landwirtschaft dadurch geholfen? Nein! Die Verschuldung der Landwirtschaft nimmt in Deutschland katastrophale Formen an; die ganze Osthilfeaktion wäre ja nicht notwendig gewesen, wenn diese Methode rationell gewesen wäre und wirklich dazu geführt hätte, der Landwirtschaft zu helfen.

Sie stellen sich vor, wir werden jetzt der Regierung die Ermächtigung erteilen, daß jedesmal der Zoll in Österreich erhöht wird, wenn der Preis des Weizens auf dem Weltmarkt unter 35 S pro 100 Kilogramm sinkt. Wir zahlen jetzt 22 bis 24 S für 100 Kilogramm Weizen. Es würde demnach automatisch eine Verteuerung pro Kilogramm Weizen um 13 Goldheller eintreten, wenn die Regierung von dieser Ermächtigung Gebrauch machen würde. Meine Herren! Wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet eine 4400fache Erhöhung des Getreidezolles seit 1924. Glauben Sie wirklich, das ist möglich? *(Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß: Das ist nicht richtig!)* Wir hatten früher einen Getreidezoll von 25 Goldhellern, wir bekommen jetzt, wenn wir 35 S bezahlen, wenn der Zoll errechnet wird nach 35 S Gestehungskosten, eine Erhöhung um 4400 Prozent. *(Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß: Wir haben doch damals viel höhere Getreidepreise gehabt, 40 bis 41!)* Ja, Herr Minister, in einer anderen wirtschaftlichen Situation. *(Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß: Im Jahre 1926!)* Ja, da ging es der österreichischen Volkswirtschaft auch noch weit besser. *(Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß: Weil die Landwirtschaft Einnahmen hatte!)* Nicht nur, weil die Landwirtschaft Einnahmen hatte, sondern weil große Teile unserer Industrie noch gearbeitet haben. Schauen Sie nur nach Steiermark. Damals hat Schoeller-Bleckmann 400 bis 500 Arbeiter beschäftigt. Damals hat man in allen Betrieben noch gearbeitet. Es ist durchaus nicht richtig, daß wir heute dieselben Preise ertragen können, die wir im Jahre 1926 ertragen haben.

Aber das ist nicht die einzige Erhöhung des neuen Tarifs. Die Steigerung der autonomen Zollbelastung in den letzten Jahren beträgt beim Zucker 269 Prozent, beim Mehl 923, beim Schlachtvieh 600, bei der Butter 405, beim Schweinefett 489, beim Fleisch 583 Prozent. Bei Kartoffelstärke und einer ganzen Reihe von Industrieprodukten, wo der Zoll ebenfalls erhöht wird, um der agrarischen Bevölkerung zu dienen, betragen diese Steigerungen Hunderte von Prozenten.

Nun sagt man: der Landwirtschaft muß geholfen werden und wenn die Landwirtschaft mehr verdient — das Lied kann ich auswendig, das höre ich seit dem Jahre 1924 von den landwirtschaftlichen Vertretern bei jeder Gelegenheit —, wenn die Landwirtschaft mehr verdienen würde, dann würde sie mehr einkaufen, wenn sie mehr einkauft, dann hätten die Arbeiter mehr Arbeit. Das ist ja niemals eingetroffen, Sie haben ja dieses Versprechen niemals realisieren können. *(Mayrhofer: Weil wir mit den Zöllen immer hinter der ganzen Umwelt nachgehinkt sind!)* In Deutschland ist man nicht nachgehinkt, dort ist man mit den Zollerhöhungen mit Riesenschritten vorangegangen. Man hat auf Grund der Ermächtigung eine Zollpolitik betrieben, die kein Mensch mehr verstanden hat, ich glaube nicht einmal mehr die Minister selbst. Man behauptet, dies sei in Deutschland nur geschehen, weil man befürchtet hat, daß sonst die Bauern Nationalsozialisten werden könnten. Aber Tatsache ist, daß trotz der unausgesetzten Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle die Arbeitslosigkeit in Deutschland unausgesetzt gestiegen ist. Diese Zölle haben der Landwirtschaft keinen Erfolg gebracht, denn wenn sie ihr Erfolg gebracht hätten, dann hätte die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung steigen müssen. Diese Kaufkraft ist aber in Deutschland nicht gestiegen, im Gegenteil, sie ist weiter zurückgegangen, und heute ist der ganze Osten Deutschlands so restlos verschuldet, daß man fürchtet, daß auch die Osthilfeaktion die Landwirtschaft wird nicht mehr retten können. Man sagt heute schon in Deutschland, es wird uns nichts übrigbleiben, als einen Teil des ostpreußischen Großgrundbesitzes glatt zugrunde gehen zu lassen und parzellieren, weil es dann vielleicht möglich sein wird, wenigstens einen Teil dieser Fläche als Kleinbetrieb zu retten.

Wir können Ihren Versprechungen nicht glauben, denn diese Versprechungen machen Sie uns seit 1924, also seit sieben Jahren, und wir haben niemals einen Erfolg gesehen, sie haben unsere Industrie immer auf das schwerste geschädigt, unsere Exportmöglichkeit nach jeder Richtung eingeschränkt, um irgendein Zugeständnis der Landwirtschaft zu erkaufen. Das hält unsere Industrie nicht mehr aus. Ich möchte nicht erzählen, was im letzten Zollunterausschuß gewesen ist, denn da hatte ich manchmal das Gefühl, daß nicht wir die Opposition sind, sondern die Mehrheit aus einer Opposition und einer Mehrheit besteht, weil es auch die Industriellen nicht mehr aushalten, weil es nicht geht, daß man einen Staat, der doch überwiegend industriell eingestellt ist, in seiner ganzen Entwicklungsmöglichkeit den Sonderwünschen einer einzelnen Gruppe restlos preisgibt.

Wir haben Ihnen immer gesagt, wir sind bereit, zu helfen. Sie spielen immer mit dem Gedanken des Getreidemonopols. Ich habe immer das Gefühl, wenn ein Abgeordneter oder ein Bürgermeister einen Wunsch hat, und er will diesem Wunsch Nachdruck verleihen, oder wenn etwas zu sanieren ist, dann kommt immer irgendein christlichsozialer oder landbündischer Abgeordneter und sagt: also Getreidemonopol. Ich habe auch das Gefühl, daß der Herr Minister Dollfuß immer mit der Einfuhrstelle spielt und sagt, na, wenn ihr in Jugoslawien nicht brav seid, die höheren Getreidezölle nicht gewährt, dann machen wir noch die Einfuhrstelle. Ich bin überzeugt, die Jugoslawen fürchten sich nicht, denn sie wissen sehr gut, daß man nicht an einem Tag

erklären kann, der Staat soll nicht wirtschaften, was einige Kollegen in diesem Hause mit ungeheurer Pathetik immer wieder erklären, und am anderen Tage kann man nicht ein Getreidemonopol machen, denn dieses ist zum mindesten eine halbstaatliche Einrichtung. Aber es gibt noch andere Länder in der Welt. In der Tschechoslowakei, wo man eine gemischte Regierung hat, wo man über den Konsumenten nicht so zur Tagesordnung übergeht, wie es in Österreich beliebt, hat man ein Gesetz für ein Getreidemonopol ausgearbeitet. Ich kenne zufällig persönlich sowohl die Führer der Konsumenten als auch der Landwirte in der Tschechoslowakei, weil ich mit ihnen gemeinsam alle Vierteljahre am grünen Tisch in Genf sitze, wo wir dann darüber beraten, wie wir uns gegenseitig unterstützen können. Ich weiß, daß die Landwirte in der Tschechoslowakei den Standpunkt vertreten, mit den Zöllen allein geht es nicht mehr. Wenn es aber mit den Zöllen nicht mehr geht — und das deutsche Beispiel ist ein erschreckendes Beispiel —, dann bleibt ihnen zum Schlusse nichts mehr als das Getreidemonopol. Das Getreidemonopol hat sich in der Schweiz bewährt, und es weinen dort heute noch sehr viele Leute darüber, daß sie das Monopol nicht mehr haben, denn es kostet die jetzige Regelung den Staat viel mehr Geld, als ihm das Getreidemonopol jemals gekostet hat. Vielleicht können wir uns im Zollausschuß darüber noch eingehender unterhalten. Aber das eine müssen wir schon sagen: so wie sich der Herr Minister die Einfuhrstelle vorstellt, nämlich als eine Stelle, auf die niemand Einfluß hat, der jetzt nicht zur regierenden Klasse in Österreich gehört, wird es nicht gehen. Herr Minister, wir haben gerade bei Ihnen die Erfahrung gemacht, daß plötzlich Leute ernannt werden können, denen wir die österreichische Getreidewirtschaft nicht anvertrauen würden. Es gibt noch mehr Strafellas, nicht nur bei den Eisenbahnen, sondern auch anderswo, die man beim Monopol und ähnlichen Dingen verwenden könnte. Wenn ein solches Monopol oder wenn Ihr Ausgleichsfonds oder wenn irgendeine derartige Institution Gesetz werden soll, dann nur unter der vollsten Einflußnahme der Konsumenten, und Sie werden kein Gesetz aus diesem Hause herausbekommen, wonach wir nicht ebenso vertreten sind wie die Landwirte. Ich kann da sagen, wir sind die Repräsentanten der größten Konsumorganisation Österreichs. Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine allein ist heute der größte Konsument an Getreide. Sie haben in ganz Österreich keinen größeren. Dabei ist es der Konsument, der bar bezahlt. Fragen Sie einmal den Getreidehandel in Österreich, wieviel Menschen wir dadurch retten, daß wir einfach bezahlen, während die anderen schuldig bleiben. Über diese Organisation, diese 300.000 Mitglieder und diese 1·2 Millionen organisierter Konsumenten werden Sie nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist ja sehr schön, wenn man da immer Verbeugungen macht und von Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlicher Produktion und städtischem Konsum spricht. Ausgezeichnet. Wir haben das Kunststück fertiggebracht, in unserer Molkerei den Bauern um 1 g mehr für ihre Anlieferung zu geben und den Konsumenten die Milch doch um 2 g billiger zu liefern. Das bekommt man bei der Zusammenarbeit fertig und vielleicht wäre die Zusammenarbeit der organisierte Markt, den Sie durch den Zoll allein niemals bekommen werden. Aber so spielen wir nicht, daß man uns von vornherein ausschaltet, und diesen Ausgleichsfonds, Herr Minister, den schauen Sie sich noch sehr gut an, bevor Sie ihn in dieses Haus bringen. Dort werden wir entweder paritätisch vertreten sein oder Sie werden den Ausgleichsfonds nicht bekommen. Man muß doch endlich einmal sagen: wenn der Konsument zahlen soll, dann soll er auch verwalten. *(Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Dollfuß: Er zahlt ja nicht! Den zahlt ja nur die Produktion!)* O nein, Herr Minister, ich habe den Entwurf sehr gut gelesen, und das Lied kennen wir. *(Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Dollfuß: Nur die Produzenten!)* Herr Minister, ich möchte auf das Versprechen keine Hypothek geben, weil ich dieses Versprechen einfach nicht glaube.

Nun handelt es sich dabei ja nicht nur um das Getreide. Wir haben zum Beispiel wiederholt über die Frage der Schweinezucht gesprochen. Die Mitglieder des Zollausschusses können sich vielleicht erinnern, daß wir uns das letztemal in gemeinsamer Arbeit bemüht haben, einen Weg zu finden, wie man den österreichischen Schweinen den Wiener Markt eröffnen kann. Aber wir haben sehr bald gesehen, es kann der Zoll allein nicht helfen. Und wenn auch die Versuche, die man zur Regelung dieser Zufuhr gemacht hat, nicht gerade eine sehr glückliche Hand bewiesen haben, so ist doch die Steigerung der Zufuhren nicht allein den Preisen zu danken, denn sonst würden Sie ja nicht jetzt höhere Zölle verlangen. Es hat der Zoll nichts genutzt, sondern die wirkliche Bemühung, die Dinge zu organisieren. Wir haben Ihnen wiederholt vorgeschlagen, Mastprämien einzuführen. Da haben Sie gesagt: Das kostet zu viel Geld, das verlangt zu viel Verwaltung, zu viel Bureaukratie. Verlangt denn der Zoll keine Bureaukratie? Ich würde mir wünschen, daß wir die Bureaukraten für andere Zwecke, für konstruktivere und produktivere Zwecke verwenden könnten, diese Bureaukraten, die wir brauchen werden, um die Kontingentverträge zu verwirklichen, die nun in die Handelsverträge eingebaut werden sollen. Wir können heute sicherlich nicht alle Zölle aufheben, das stellt sich auch kein Mensch vor; aber wenn man davon spricht, daß eine Maßnahme Bureaukraten verlangt, können wir sagen: Bureaukraten haben wir ja sehr viel, sonst würde man sie nicht abbauen wollen; vielleicht kann man sie rationeller verwenden, um nicht eine größere Belastung durch eine Vermehrung der Bureaukratie herbeizuführen. Das letztemal haben wir — ich weiß

nicht wie lange — darum gekämpft, daß der Zoll auf Schweinefett nicht von 10 auf 30 Goldkronen erhöht wird. Wir haben das durchgesetzt, und es ist bei 10 Goldkronen geblieben. Fröhliches Wiedersehen: der Zoll von 30 Goldkronen für Schweinefett steht schon wieder in der neuen Vorlage. Das finden wir auch bei Butter, auch bei Käse, bei allen Positionen, die im Tarif enthalten sind. Denn wenn der Herr Abg. Zarboch sich beschwert hat, es ist nur eine Teilrevision, nun, wir haben genug. Was wäre erst aus einer Vollrevision geworden, wenn die Teilrevision schon für den Konsumenten fast den Strick bedeutet, an dem er sich aufhängen darf. Man muß die Regierung ganz ernstlich davor warnen, die Dinge zu überspannen. Und wir verlangen vor allem auch einmal, daß diese geheimnisvollen Entwürfe, die da über die Einfuhrstelle in allen Zeitungen herumspuken — vielleicht liegen auch welche im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft —, dem Zollausschuß zur Kenntnis gebracht werden. Wir verlangen, daß wir gehört werden, wenn man über Organisationen verhandelt, die den Konsumenten genau so interessieren wie den Produzenten.

Und da muß ich noch eines sagen. Wir sind manches in Österreich gewöhnt, aber das, was Sie sich in den Übergangsbestimmungen leisten, ist schon nicht mehr verständlich. Da wird festgestellt, daß alle Vorräte von Getreide und Mehl in Österreich durch eine Übergangsabgabe nachverzollt werden, alle jene Vorräte aber nicht, die bei den Landwirten selbst liegen oder die bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingelagert sind. Das werden die Herren damit erklären, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften das Magazin der Landwirte sind, und es Landwirte gibt, die nicht bei sich einlagern, weil sie keinen Platz haben, sondern bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das ist bei den Konsumgenossenschaften dasselbe. Unsere Arbeiter und Angestellten haben kein Geld, sich sehr viel Mehl einzulagern. Die Konsumgenossenschaften müssen dieses Mehl für sie einlagern und, wenn Sie da den landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Privileg geben, dann werden wir dasselbe Privileg verlangen. Das geht nicht, daß Sie für Ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften die Rosinen aus dem Kuchen nehmen, und wir sollen daneben stehen und sagen: Alles den Landwirten, den Konsumenten nichts. Das geht absolut nicht. Wenn nachbesteuert wird, dann entweder voll und ganz, aber nicht in der Weise, daß man Privilegien schafft.

Dazu kommt noch etwas anderes. Es steht ausdrücklich im Gesetz, daß bei Filialbetrieben die 1000 Kilogramm Mehl so verzollt, so mit der Übergangsabgabe belastet werden, daß alle Filialen für einen Betrieb gerechnet werden. Die Konsumgenossenschaft Wien hat über 300 Abgabestellen. Eine solche Organisation muß natürlich mehr Vorräte haben wie 1000 Kilogramm, weil sie große Bedürfnisse befriedigen soll. Und weil 60.000 Arbeiter und Angestellte ihr eigenes Unternehmen aufgebaut haben, sollen sie bestraft werden und sollen nur 1000 Kilogramm Mehl freibekommen, ebenso wie jeder Kleinkaufmann, der halt nicht mehr wie 1000 Kilogramm Mehl braucht, weil seine Abnehmerzahl klein ist. In der Reichsenquete des großen deutschen Enqueteausschusses ist jetzt festgestellt worden, daß die rationellste Wirtschaftsführung in den Konsumgenossenschaften besteht, und wenn wir uns bemühen, eine solche rationalisierte Organisation aufzurichten, dann werden wir nach den Wünschen, ich weiß nicht, soll ich sagen, der Landwirte, aber zum mindesten der Regierung, höher belastet. Damit macht man den Kaufleuten ein Geschenk, denn wenn wir die Preise nicht halten können, weil uns die Nachbesteuerung zwingt, sie zu erhöhen, dann hat der Kaufmann seinen Sonderprofit. Und da versteht man vielleicht, wenn die Kaufleute sich mit vielen Zollerhöhungen einverstanden erklären. Es wird eben jedem ein Geschenk gemacht, dem Landwirt, dem Großgrundbesitzer, dem Kaufmann; der Konsument zahlt. Dagegen werden wir eine sehr scharfe Opposition führen, und ich künde den Herren heute schon an, daß wir uns diese Bestimmungen nicht gefallen lassen werden. Entweder gibt es gleiches Recht für landwirtschaftliche und Konsumgenossenschaften, oder es hat niemand ein Privileg. Es wird übrigens auch schon an den Stellen, wo man mit Getreide verkehrt, erzählt, daß die Getreidehändler bei den Großgrundbesitzern und auch bei Großbauern Einlagerungsgelegenheiten mieten, damit ihr Getreide nicht von der Abgabe belastet wird. Machen Sie Versuche, eine große Komödie aufzuführen! Der Großgrundbesitzer hat plötzlich ein großes Getreidelager, das gehört zwar seinem Abnehmer in Wien, dem großen Getreidehändler, aber weil es in dem Lagerhause des Großgrundbesitzers eingelagert ist, deshalb wird dieses Lager nicht besteuert und der Getreidehändler wird schon die Ersparnis mit dem Großgrundbesitzer teilen.

Das sind Kautschukbestimmungen, das ist gefährlich, und wir wiederholen, was wir immer gesagt haben: entweder Nachbesteuerung und Nachverzollung für alle oder für niemandem. Und wenn man dann kommt und sagt: Für alle geht das nicht, wenn man 50 Kilogramm nachbesteuert oder nachverzollt, kostet der Apparat zu viel, so muß man sich eben die Mittel und die Wege suchen, die man in diesem Falle gehen will.

Meine Herren! Man könnte natürlich über diesen Zolltarif noch sehr vieles sagen. Wie ich ihn gelesen habe, hatte ich das Gefühl — das sage ich ganz offen —: Wovon sollen die Menschen in Österreich leben? Wovon soll der Arbeitslose leben, der 14 S in der Woche hat? Wovon soll der Kurzarbeiter leben, der mit 22 S in der Woche heimgeht? Wovon soll der Beamte leben? Es hat sich eine Hausfrau die Mühe gegeben und hat für das Kuratorium für Wirtschaftlichkeit einen Speisezettel aufzustellen versucht, wie man alle jene Kalorien essen kann, die man haben muß, wenn

man 420 S Einkommen und vier Personen zu ernähren hat. Das Kuratorium hat das nie veröffentlicht, denn das wäre die aufreizendste Anklage gewesen, die es gegen unsere heutige Wirtschaftspolitik gibt. Wenn Sie immer sagen, wir sollen Verständnis für Sie haben— meine Herren wir leugnen nicht, daß es den Landwirten in der ganzen Welt schlecht geht, aber wir leugnen, daß Ihre Methode den Landwirten bisher genutzt hat. Und wir müssen doch auch fordern: haben Sie auch einmal Verständnis für die Arbeiter und Angestellten! Wo wären wir in Österreich mit unserer Wirtschaftspolitik, wenn die Landwirte so viel Verständnis für unsere sozialen Schwierigkeiten hätten, wie wir für die Landwirtschaft haben mußten. Ja, meine Herren, wir kommen nicht weiter, wenn wir uns nicht einmal darüber klar sind. So wie es in jeder Bauernfamilie Kinder gibt, die städtisches Proletariat sind und auf der andern Seite Landwirte, wie jede bäuerliche Familie zusammengesetzt ist aus städtischen und landwirtschaftlichen Interessen, so werden wir eben einmal das bescheidene Gut, das unsere Volkswirtschaft darstellt, gemeinsam so verwalten müssen, daß nicht der eine Bruder hungert und — man muß dafür ebenso sorgen — daß nicht beide Brüder zugrunde gehen. Aber mit der Methode dieses Tarifs wird es nicht gehen.

Wir werden im Zollausschuß sehr ernst verhandeln, und wir werden uns da gar nicht von der neuen Bundesverfassung beeinflussen lassen, wonach am 15. Juni die Session schließen muß. Eine Komödie mehr in der Bundesverfassung tut ja nichts. Wir sind es ja gewohnt, der ganze Erfolg dieser Verfassung ist eine Komödie, ein Satyrspiel, eine Farce. Wir werden beraten, und wir erwarten, daß Sie mit demselben Ernst und mit demselben Verantwortungsbewußtsein in diese Beratungen eintreten werden wie wir. Denn da wird es nur ein Verständigen geben. In der Weise, daß Sie einfach als Mehrheit beschließen und wir hinzunehmen haben, was Sie beschließen, nach der Methode wird es nicht mehr gehen, wird es schon deshalb nicht mehr gehen, weil Sie ja den Staat nicht retten könnten, wenn wir nicht da gewesen wären. Wo wäre heute die österreichische Volkswirtschaft, wo wären heute die österreichischen Landwirte, wenn wir nicht Verantwortungsbewußtsein gehabt hätten und wenn wir gestern nicht geholfen hätten, diese österreichische Wirtschaft zu retten. Aber wir retten diese Wirtschaft nicht nur für Sie, wir retten diese Wirtschaft auch für uns, und wir verlangen für unsere Arbeiter und Angestellten, wir verlangen für das Industrievolk, wir verlangen für die Konsumenten dasselbe Lebensrecht, das Sie für Ihre Bauern anfordern. *(Lebhafter Beifall links.)*

Abram: Hohes Haus! Der Herr Abg. Manhalter hat einige Behauptungen aufgestellt, die unbedingt eine Richtigstellung erfordern. Er meinte, daß diese Zollvorlage, soweit sie eine bedeutende Erhöhung des Weizen- und Roggenmehlpreises mit sich bringt, im Interesse aller österreichischen, auch der alpenländischen Bauern liege. Diese Behauptung ist vollständig unrichtig, und wenn Sie diesen Zolltarif so machen wollen, wie Sie es vorhaben, so würden Sie die alpenländischen Bauern neuerdings betrügen, so wie sie oft schon betrogen worden sind *(Oho!-Rufe rechts)* unter der Behauptung der Bauernsolidarität. Wie geht es denn den alpenländischen Bauern draußen? Sie können ihr Holz nicht verkaufen, sie können ihren Käse nicht anbringen, weil die Krise den Arbeitern und den Arbeitslosen den Kauf von Käse unmöglich macht. Sie können das Zuchtvieh nicht verkaufen, weil Bayern der Einfuhr unseres Zuchtviehs große Schwierigkeiten bereitet. Die Italiener, die zu uns kommen, kaufen da und dort ein schönes Stück Vieh heraus. Im alten Österreich hatten die alpenländischen Bauern ein großes Absatzgebiet — da waren es böhmische Großgrundbesitzer, waren es ungarische Großgrundbesitzer, die die Jungviehmärkte in den Alpenländern besuchten. Heute ist der Import dieser Länder sehr zurückgegangen, und unsere Bauern stehen also vor einer verhängnisvollen Situation. Und in dem Moment, wo es dem alpenländischen Bauern so geht, wo die Verschuldung rapide Fortschritte macht, wo er ungeheuer hohe Kapitalszinsen zu zahlen hat, kommen Sie und verteuern diesem Bauern das Brot, verteuern ihm das Kochmehl, das er kaufen muß. Die Alpenbauern sind Käufer fast aller Mahlprodukte so wie die städtischen Arbeiter, und diesen Alpenbauern wollen Sie einreden, daß sie dieselben Interessen haben wie die 40.000 bis 50.000 Getreideüberschußbauern, die es in Österreich gibt.

Und wie geht es denn sonst diesem alpenländischen Bauern? Früher war das Futtermehl im Preise ein Siebentel des Feinmehls, heute ist es die Hälfte. Man kauft Manitoba-Weizenmehl im Waggonbezuge zu 48 g, und das Futtermehl kostet 24 g, also die Hälfte. Weil die Mühlen stillestehen und es wenig Futtermehl gibt, wurden die Futtermehlpreise abnorm hinaufgetrieben. Die Schweinehaltung, Hühnerhaltung ist darum unbedeutend. Wenn Sie dem Gebirgsbauern einmal helfen wollten — das habe ich auch dem verzagt davongelaufenen Minister Thaler gesagt —, so müßten Sie unseren Bauern zur Aufrichtung einer Geflügelzucht und Schweinezucht drei Jahre hindurch verbilligten Mais oder Futtermehl geben, um den Höchstpreis von 10 g pro Kilogramm. Sie müßten eine ordentliche Schweinezucht fördern, meinetwegen Opfer bringen, so daß ein Ferkel von solchen guten Zuchtschweinen nicht mehr als 10 S kosten dürfte. Auf diese Art und Weise könnte man dem verarmten kleinen Gebirgsbauern helfen. Wenn Sie aber den Weg gehen, den Sie gehen wollen, dann schaffen Sie furchtbar arme Gebirgsbauern, von deren Lebensarmut die meisten in Niederösterreich und Oberösterreich

keine Ahnung haben. Mehr als 4 Millionen Österreicher haben kein Interesse an diesen Vorschlägen, die Sie erstatten.

Ich habe noch ein ganz wichtiges Moment bei der Besprechung der Lage unserer Bauern hervorzuheben, nämlich den Fremdenverkehr. Gestern haben wir hier eine Finanzkatastrophe schlimmster Art abgewendet, und heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Kapitalsflucht aus Österreich noch nicht beendet sein wird. Sie ist gekommen zur Zeit, wo die mit den Hahnenschwänzen herummarschiert sind und jeden Tag geschrieben haben, daß es in Österreich erst besser werden wird, wenn einer den andern abschlachtet. *(Lengauer: Aber Tschaperl!)* Wir an der Grenze sehen das. Sie werden mir keine Belehrung geben, was alles vor sich gegangen ist. *(Zwischenruf Lengauer.)* Sie verlangen nicht, daß ich Ihnen antworte.

Wir haben also eine Kapitalsflucht noch weiter zu gewärtigen. Die Folge dieser Erscheinung ist, daß der Kapitalszins unerträglich hoch bleibt und daß wir heute noch durch Landeshypothekenbanken dem Bauern Kapital zur Verfügung stellen müssen zu einem Kapitalszins, den er nicht lange aufzubringen vermag. Sie reden von Zöllen, von Minderpreisen, von Unterpreisen der Waren; aber allein der hohe Kapitalszins, den die Bauern zu zahlen haben, ist ein viel schwierigeres Kapitel als alles andere.

Nun, wie können wir in Österreich diesen kleinen Staat so aufrichten, daß wir wieder Kapital im Staate selbst haben? Wie können wir von dieser Zwangslage, die gefährlich ist, mit ausländischem Leihkapital unsere Wirtschaft zu betreiben, befreit werden? Ja doch nur dadurch, daß Ausländer als Touristen fremdes Kapital zu uns bringen. Wir können industriell den Kampf mit der rationalisierten Großindustrie von Deutschland, England und Frankreich nicht bestehen. Höchstens mit ganz wenigen Artikeln der Luxus- und Spezialindustrie, aber in bezug auf die Großindustrie können wir das nicht. Aber eines haben wir: das herrlichste Vaterland, das die Deutschen haben, Berge, Täler, Seen. Wir haben ein Heimatland, das aufgesucht wird, aber nur dann massenhaft aufgesucht werden wird, wenn wir den Fremden etwas zu bieten imstande sind. Wir sind in derselben Lage wie die Schweiz in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Wir müssen uns langsam hinaufarbeiten, wir müssen Fremdkapital unseren Geldinstituten zuführen. Nur auf diese Art und Weise können wir uns aufrichten. Ja, wenn wir statt 60 Übernachtungen pro Bett und Jahr in der Fremdenbeherbergung es auf 120 Übernachtungen jährlich hinaufbringen, so bedeutet dies eine große Steigerung des Kapitalsimports. Herr Minister, die Butter und der Käse, die die Fremden essen, die mehr ins Land kommen, wenn es statt 2½ Millionen 4 Millionen sein würden, das wäre für die österreichische Landwirtschaft weitaus ergiebiger, als wenn Sie einseitig für 40.000 bis 50.000 Getreidebauern allein agrarische Politik machen. *(Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Dollfuß: Wie hoch ist der Getreidepreis in der Schweiz, im Fremdenverkehrsland?)* Die Schweiz hat keinen Krieg gehabt und hat in den Kriegsjahren ihre Hotelerie stark entwickelt, wir stehen weit im Hintertreffen durch die vier Kriegsjahre, durch die drei Inflationsjahre; wir können mit der Schweiz nur erfolgreich konkurrieren, wenn wir den Leuten billiger etwas zwischen die Zähne geben, als es in der Schweiz geschieht. Das ist ein Kapitel, das nicht genug gewürdigt wird. Wenn Sie den Stand der Weltindustrie auf dem Gebiete der Warenerzeugung beachten, müssen Sie erkennen, daß diese Art des Kapitalsimports durch den Fremdenverkehr das einzig mögliche ist. Aber nicht allein die Alpenländer, auch die Bundeshauptstadt Wien mit den prachtvollen Hochschulen aller Art, auch sie muß das Studentenvolk anziehen, auch Wien kann nur, wenn es eine billige Stadt ist, eben der Fremdenverkehrsplatz sein, der Wien zu sein verdient und der Wien sein soll, wenn seine mannigfachen Schulen gedeihen sollen.

Wir haben also ein Interesse daran, nicht unsere Lebenshaltung zu verteuern, sondern sie zu verbilligen. Aber nach dem Krieg und durch die Zerteilung des alten Staates und durch die Aufrichtung dieses kleinen lebensunfähigen schwer lebenden Staates sind wir eben genötigt, uns alle nach der Decke zu strecken. Aber wenn der Herr Kollege Manhalter meinte: „Wenn der Bauer Geld hat, hat's die ganze Welt", so darf dies nicht bedeuten, Fürsorge für die Getreidebauern auf Kosten der Gebirgsbauern, der Städter und des Industrievolkes. Wir werden mit größter Energie eine einseitige Belastung der Gebirgsbauern, der österreichischen Arbeiter und Angestellten bekämpfen. Sie können nicht den Leuten Notopfer zumuten, den Beamten der Privatindustrie und des Staates Gehaltskürzungen, den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung und in demselben Moment einseitig nur die Interessen der Getreidebauern vertreten. Denn, meine Herren, wenn Sie das wollen, ihr Christen von der rechten Seite, so müßt ihr den § 144 abschaffen und müßt erklären: Ein Recht, zu leben, haben nur, die etwas haben, und auch armen Leute, wenn ihr mehr als ein Kind in der Familie habt, errichten wir staatliche Institute, wo die werdende Mutter vom weiteren Kindersegen befreit wird, denn es wäre ein furchtbares Verbrechen, Kinder in die Welt zu setzen, die zum Hungertod verurteilt wären.

Sie dürfen sich nicht vorstellen, daß Sie einseitig Ihre Wünsche durchbringen. Sie werden es mit einem Widerstand der Arbeiterklasse, der Beamtenschaft zu tun haben, wenn Sie einseitig versuchen, nur die Interessen der größeren Besitzer zu fördern. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Renner den Vorsitz übernommen.)*

Damit ist die erste Lesung der drei Regierungsvorlagen beendet.

Die Regierungsvorlage B. 129 wird dem Zollausschuß, die Regierungsvorlagen B. 135 und 136 dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Über Antrag Sever wird beschlossen, die Regierungsvorlagen B. 131, 132 und 134 in einer der nächsten Sitzungen der ersten Lesung zu unterziehen.

Zugewiesen werden die Anträge Nr. 147 dem Finanz- und Budgetausschuß, Nr. 148 dem Ausschuß für soziale Verwaltung und Nr. 149 dem Verfassungsausschuß.

An Stelle Roth und Sylvester als Ersatzmänner des Justizausschusses werden Dr. Rintelen und Binder, an Stelle Roth als Ersatzmann des Strafgesetzausschusses Dr. Rintelen, an Stelle Sylvester als Mitglied des Verfassungsausschusses und des Unvereinbarkeitsausschusses Binder und an Stelle Weigl als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft Thoma gewählt.

Nächste Sitzung: Dienstag den 2. Juni, 3 Uhr nachm. Tagesordnung:

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. die XXVII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 131).
2. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Bezugskürzungsgesetz (B. 132).
3. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Personalsteuernovelle vom Jahre 1931 (B. 134).

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 20 Min. nachm.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien. 144 31